

Der Freisinn



Nr. 7
Juli 1982
4. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission der eidgenössischen Räte

Nirgends wird so eingehend kontrolliert

Immer in der Sommersession erstatten die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte Bericht über ihre Inspektionen — eine beinahe zum Ritual gewordene Handlung. Dass dem dieses Jahr nicht so war, dafür sorgte der Präsident der nationalrätlichen GPK, Jean-Pascal Delamuraz. Der freisinnige Volksvertreter aus der Waadt, während Jahren Syndic von Lausanne, nun Mitglied der kantonalen Exekutive, nahm in seinem die Debatte einleitenden Referat zur Frage der Gewaltentrennung Stellung und äusserte sich zu der zukünftigen Tätigkeit der Kommission. Nachstehend ein Auszug aus seinen Ausführungen:

Im System der Gewalttrennung ist das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Parlament von jeher ein zentraler Punkt politischer Diskussion. Es geht dabei um nicht weniger als das Gleichgewicht zwischen den demokratischen Institutionen, ihr harmonisches Zusammenwirken und das gute Funktionieren des Staates.

Machtverschiebung vom Parlament zur Regierung?

Es ist offenkundig, dass überall auf der Welt die dem Staat übertragenen Aufgaben zugenommen haben und vielschichtiger geworden sind. Dies hat zu einer beständigen Zunahme der Leistungen, aber auch der Personalbestände der öffentlichen Verwaltungen geführt. Es gibt Beobachter, die darin eine eigentliche Machtverschiebung vom Parlament zur Regierung sehen. Sie



sind darüber beunruhigt und suchen nach Mitteln, die geeignet wären, das ursprüngliche Gleich-

gewicht zwischen den Institutionen entsprechend dem in der Verfassung verankerten Willen des Volkes wiederherzustellen.

In unserem Land stellt sich das Problem zugleich schwieriger und einfacher dar.

Das Problem ist schwieriger zu lösen, weil wir ein Milizparlament sind. Auch der eifrigste und bereitwilligste Schweizer Parlamentarier ist kaum imstande, alle Tätigkeitsbereiche des Bundes zu überblicken — was unsern Vorgängern vor zwei Generationen noch möglich war. Und das Sekretariat der Bundesversammlung ist — wir sind darüber nicht unglücklich — dem Mitarbeiterbestand nach eines der bescheidensten.

Die Oberaufsicht des Parlamentes

Diese spezifische Schwierigkeit, unsere Parlamentsarbeit zu organisieren, wird dadurch wettgemacht, dass unser Land klein und der Staatsapparat überblickbar ist und die politische Kontrolle der Institutionen in unserer direkten und halbdirekten Demokratie unmittelbar ausgeübt werden kann.

Die Oberaufsicht des Parlamentes über die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung ist ein geeignetes Mittel, um die Folgen zu korrigieren, welche die Verlagerung von Zuständigkeiten und Verantwortung zur Regierung tatsächlich hat. Die Geschäftsprüfungskommission hat eine höchst interessante Untersuchung angestellt, weil sie wissen wollte, wie die Geschäftsprüfung in anderen Staaten geregelt ist. Die Untersuchung zeigt, dass die Prüfung der Regierungstätigkeit in keinem Land so weitgehend und systematisch geregelt ist wie in der Schweiz. Dies erfüllt uns mit Genugtuung, sowohl im Hinblick auf eine intakte Demokratie als

Fortsetzung auf Seite 2

Die Haushaltsperspektiven des Bundes

Einnahmenmirakel 1981 bleibt einmalig

Das gute Abschneiden der Staatsrechnung 1981 — mit ihrer «gefundenen Milliarde» — hat die Hoffnung geweckt, dass damit in der Entwicklung des Bundeshaushaltes eine Trendwende eingeleitet wurde. Dass dem nicht so ist und weitere Anstrengungen zur Ausgabendisziplinierung unumgänglich sind, unterstreicht nachstehend der freisinnige St. Galler Standesherr Dr. Paul Bürgi:

Die Bundesausgaben standen im vergangenen Jahr im Zeichen einer ungewöhnlichen Stabilität, betrug der Zuwachs von 1980 bis 1981 doch lediglich 1,1%. Dieses erfreuliche Ergebnis ist wesentlich den 1980 beschlossenen Sparmassnahmen zuzuschreiben. Dabei ist vor allem auf folgende Positionen zu verweisen:

- Die lineare Ausgabenkürzung bewirkte Einsparungen von 368 Mio. Der Gesamtbetrag der Bundesbeiträge ist um 440 Mio. oder 7,9% zurückgegangen. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben ist deutlich unter 30% gesunken.
 - Die neue Finanzierungsregelung der Exportrisikogarantie führte zu einer Entlastung der Bundeskasse von 300 Mio.
- Alle 1980 beschlossenen Massnahmen führten zu Einsparungen von über 900 Mio. Fr. Im Rahmen einer Gesamtwürdigung darf von einer beachtlichen Ausgabendisziplin gesprochen werden, die in Zukunft konsequent weitergeführt werden muss.



einer Verbesserung gegenüber dem Budget gerechnet werden. Es ist sicherlich verfrüht, im heutigen Zeitpunkt darüber verbindliche Prognosen aufzustellen, kann doch die Entwicklung der Wirtschaft und der Zinssätze in der zweiten Jahreshälfte nicht mit Sicherheit beurteilt werden. Auf jeden Fall wird sich das Einnahmenmirakel im Ausmass des Jahres 1981 nicht wiederholen.

Das Budget 1983 wird voraussichtlich im Zeichen der Rückkehr zur helvetischen Normalität stehen. Die hohen Eingänge an Verrechnungssteuer aus dem

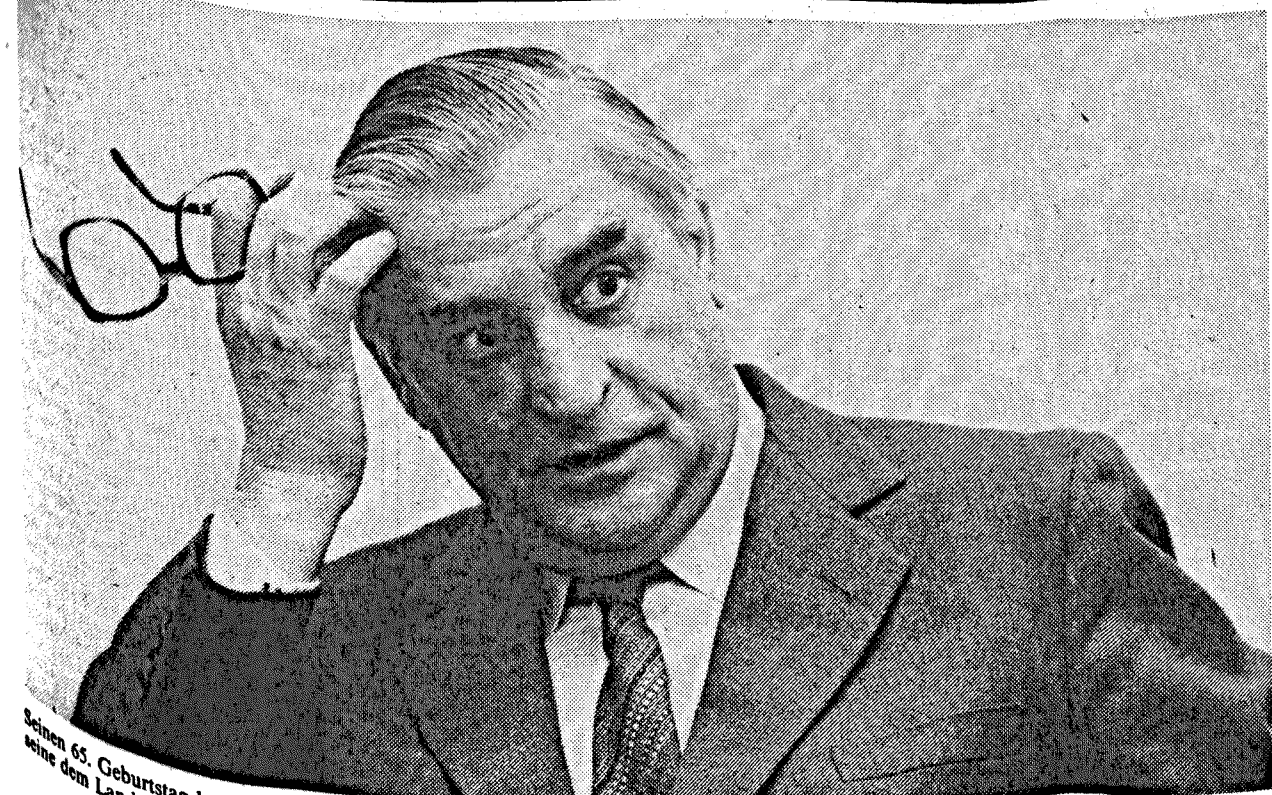
Fortsetzung auf Seite 5

Problem der Verschuldung nicht unter Kontrolle

Die Verschuldung des Bundes ist auf 24,7 Mia. angestiegen, von denen 21,1 Mia. zu verzinsen sind. Der Fehlbetrag der Bilanz hat sich von 13,2 auf 14,1 Mia. erhöht. Der Bruttozinsaufwand des Bundes ist von 971 auf 1025 Mio. angestiegen, hat also die Milliardengrenze deutlich überschritten. Nach Abzug der Kapitalerträge ergibt sich eine Nettoszinsbelastung von 729 Mio. Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass das Problem der wachsenden Verschuldung des Bundes in keiner Weise unter Kontrolle ist.

Angesichts des strukturellen Ungleichgewichtes im Bundeshaushalt seit mehr als 10 Jahren kann ein einzelner Jahresabschluss nicht als ein isoliertes Phänomen betrachtet werden. Es ist deshalb unerlässlich, die mutmassliche Entwicklung der Rechnung 1982 und des Budgets 1983 in die Betrachtungen einzubeziehen.

Zurück zur helvetischen Normalität. Für das Jahr 1982 kann nach dem derzeitigen Stand der Dinge mit



Seinen 65. Geburtstag kann am 25. Juli Bundespräsident Dr. Fritz Honegger feiern. Dem Jubilar sind Dank und Anerkennung für seine dem Lande in mannigfacher Form geleisteten Dienste gewiss. (Beachten Sie auch den Beitrag auf Seite 5.) (Foto rutli)

**Sparen?
Dann zur
SKA.**

SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Staatliche Rüstungsbetriebe und Privatwirtschaft

Gemeinsam statt doppelspurig

Zu einer Debatte darüber, wie weit staatliche Rüstungsbetriebe die Privatwirtschaft im Bereich neuer technologischer Entwicklung konkurrenzieren soll, kam es bei der Behandlung der jüngsten Vorlage über militärische Bauten und Landkäufe in der grossen Kammer. Nationalrat Dr. Paul Wyss (FDP, BS) verfocht dabei namens der freisinnig-demokratischen Fraktion (erfolgreich) den Standpunkt, ein anbehrter Kredit sei dem Bundesrat zur Neuüberprüfung zurückzuweisen. Seine Begründung:



sind, hat die Mehrheit der Kommission die Auffassung vertreten, dass es richtiger wäre, solche Technologien der Privatindustrie zu überlassen. Es wäre u. E. sinnvoll, wenn die Entwicklung neuer Technologien der Klebtechnik unter der Führung von privaten Unternehmungen zusammen mit den Flugzeugwerken Emmen oder anderen Flugzeugwerken geschehen würde.

Kooperationsmöglichkeiten nutzen

Dies um so mehr, als ja der erste Auftrag für Emmen offenbar nur die Seitenruder des Tiger gewesen wäre. Nachher müssten die Flugzeugwerke Emmen einen eigenen Markt für weitere Besteller suchen und würden somit auf dem europäischen Markt die privaten Firmen konkurrenzieren, nachdem die Pilatus-Flugzeugwerke, die Contraves und die Flugzeugwerke Altenrhein bereits ähnliche Produkte herstellen. Von Contraves weiss man, dass eine grosse Klebwerkstatt gebaut wird, weil sie bedeutende Aufträge hat. Eine Zusammenarbeit wäre somit logischer als die Aufnahme dieser Technologie, wobei der Kontrolle und Prüfung von Emmen besondere Bedeutung zukäme.

Unsere Partei und Fraktion sind grundsätzlich der Auffassung — und dies gilt nicht nur für dieses Projekt —, dass die Anstrengungen der Privatindustrie zur Entwicklung von neuen Technologien unterstützt werden müssen. Im vorliegenden Fall sollte es möglich sein, zusammen mit unserer Flugzeugindustrie, einen gangbaren Weg zu finden, um damit auf den geplanten Neubau verzichten zu können.

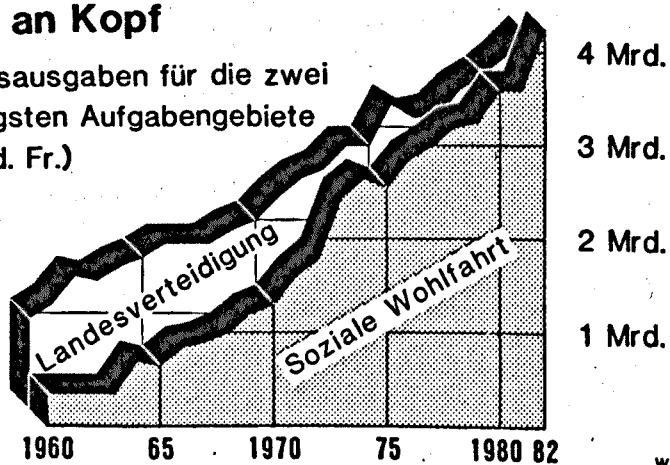
Die vorberatende Kommission hat den angeehrten Kredit für den Neubau der Werkstätten für Verbundwerkstoffe und Klebtechnik im Eidgenössischen Flugzeugwerk Emmen an den Bundesrat zur Neuüberprüfung zurückgewiesen. Es ist für Nichtfachleute ausserordentlich schwierig zu beurteilen, ob der Einstieg in neue Technologien für unsere Rüstungsbetriebe absolut notwendig ist. Die Kommission hat deshalb den Bundesrat gebeten, genauere Auskunft zu geben über dieses heikle Problem.

Risikobehafteter Einstieg in neue Techniken

Nachdem immerhin festgestellt worden ist, dass der Einstieg in eine neue Technik immer mit besonderen Risiken verbunden ist, und weil die Privatindustrie auf diesem Gebiet bereits vorangegangen ist und über Kapazitäten verfügt, die nicht voll ausgenutzt

Kopf an Kopf

Bundesausgaben für die zwei wichtigsten Aufgabengebiete (in Mrd. Fr.)



Die zwei Aufgabenbereiche Soziale Wohlfahrt und Verteidigung werden in der politischen Diskussion um den Bundeshaushalt gerne gegeneinander ausgespielt. Abgesehen davon, dass es nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität einer Staatsausgabe ankommt, bleibt die Beobachtung, wonach beide Aufgabengebiete in bezug auf ihre Ausgabenintensität seit Jahren die Spitzenreiter sind. Gleichzeitig belegen sie abwechselnd den ersten Platz. Im Jahr 1978 rückte die Soziale Wohlfahrt mit einem Anteil von 20,1% erstmals zur Spitze vor. Die gleiche Rolle kam diesem Aufgabebereich 1980 zu (20,6%), und gemäss Voranschlag dürfte das auch im

laufenden Jahr der Fall sein (22,3%). Die Landesverteidigung dagegen verursachte bis 1977 (20,1%) und danach 1979 (20,6%) und 1981 (21,4%) am meisten Ausgaben (Budget 1982: 21,1%).

Vor zwanzig Jahren waren die Relationen noch völlig anders. Einem Verteidigungsanteil von über einem Drittel (37,3%) am Gesamtbudget 1960 stand eine «Sozialquote» von gerade 12,5% gegenüber. Bezieht man übrigens die Kantone und Gemeinden in die Betrachtung ein, steht die Soziale Wohlfahrt mit einem Anteil an den Gesamtausgaben von rund 14% an zweiter, die Landesverteidigung an fünfter Stelle (rund 8%).

Vorschau auf mögliche Geschäfte der Herbstsession der eidgenössischen Räte

Nationalrat	Ständerat
Pendenzen im Prioritätsrat	
- Wust (Energiebesteuerung)	- Kartellgesetz (Revision)
- Krankenversicherung (Teilrevision)	- BV. Radio und Fernsehen
- Grundstückerwerb der Ausländer (VI)	- Radio und Fernsehen. Beschwerdeinstanz
- Forschungsgesetz	- Bund/Kantone. Aufgabenteilung
- Uno. Beitritt der Schweiz	- Landwirtschaftliche Pacht (BG)
- Bundesverwaltung. Neugliederung	- KKW Kaiseraugst (Rahmenbewilligung)
Pendenzen im Zweirat	
- ZGB. Ehwirkungen	- Konsumkreditgesetz
- Kernenergiepflichtgesetz	- Umweltschutzgesetz
- Verrechnungssteuergesetz	
- BV. Energieartikel	
Behandlung im Zweirat	
- Technologische Entwicklung und Ausbildung (Impulsprogramm)	- Futtermittelimporte (VI)
- Rüstungsprogramm 1982	- Entwicklungszusammenarbeit
- Schweizerische Verkehrszentrale (Beitragserhöhung)	- Viehhalter im Berggebiet
- Zürichberglinie (S-Bahn Zürich)	- Militärische Bauten und Landerwerbe
- BV. Bürgerrecht	- Treibstoffölle (Zweckbindung)
	- ZGB. Persönlichkeitsschutz
Differenzen	
- Pa. Iv. Autobahngebühren	- Nationalstrassengesetz.
- BV. Schwerverkehrssteuer	- Fuss- und Wanderweg
- Eisenbahngesetz	
- Wirtschaftliche Landesversorgung (BG)	
Neue Geschäfte (beide Räte)	
- Lineare Beitragskürzung. Weiterführung	
- Rüstungsdienste. Reorganisation	
- Hochschulen. Freier Zugang	
Initiativen (beide Räte)	
- Mitbestimmung der Arbeitnehmer	
- Persönlichkeits- und Datenschutz. BV und BG	
- Familienpolitik	
- Ausverkauf der Heimat	
- Schulkoordination	
- BV. Presseförderung	
- Parlamentsreform	
- Bürgerrecht für Kinder mit Schweizer Mutter	
- Verantwortlichkeit von Presse, Radio und Fernsehen	
- Mitwirkungsgesetz	
- Bestellung der parlamentarischen Kommissionen	
- Schwangerschaftsabbruch	
- Strassenverkehrsgesetz. Geschwindigkeitsbegrenzung	
- Gesetz über die politischen Rechte	
- Teilzeitarbeit. Gesetzliche Regelung	

BV = Bundesverfassung, BG = Bundesgesetz, Pa. Iv = Parlamentarische Initiative, IV = Volksinitiative

Fortsetzung von Seite 1

auch im Hinblick auf die Garantien, die sich daraus für den Bürger ergeben.

Wie weiter?

Was die Zukunft betrifft, so ist die Kommission der Ansicht, dass sie ihr Verfahren noch verfeinern muss, indem sie weiterhin die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit prüft, aber einige Hauptprobleme klarer herausstellt und vor allem diese untersucht.

In dieser Hinsicht spielen auch Inhalt und Form des Geschäftsberichtes des Bundesrates eine wichtige Rolle.

Wir wiederholen hier unsern Wunsch, dass der Bundesrat in diesem Bericht nicht nur den ordentlichen Geschäftsgang der Verwaltung, ihre Erfolge und Leistungen beschreibt, sondern vielmehr eine Standortbestimmung vornimmt und die wichtigsten hängigen Fragen und die Hauptprobleme, die ihn im Berichtsjahr beschäftigt haben, darstellt. Es ist am Bundesrat, zu entscheiden, ob er diese Fragen getrennt nach Departementen oder in einer allgemeinen Einleitung darlegen will.

In diesem auf das Wesentliche beschränkten Teil des Geschäftsberichtes sollte der Bundesrat bei der Behandlung gewisser Fragen auf die Richtlinien der Regierungspolitik Bezug nehmen. Die Geschäftsprüfungskommission und der Nationalrat müssen sich nämlich auf den ganzen Kontext stützen können, wenn sie die Geschäftsführung des Bundesrates beurteilen.

Zur Klarstellung

Ich möchte jedoch gleich zwei Punkte klarstellen:

● Der Geschäftsbericht des Bundesrates und der Bericht unserer Kommission behandeln die Geschäftsführung im vergangenen Jahr; sie dürfen keinesfalls zu einer Diskussion über die Richtlinien der Regierungspolitik führen. Die Richtlinien werden zu Beginn und bei Halbzeit der Le-

gisaturperiode geprüft, und die Geschäftsprüfungskommission hat sich damit nicht zu befassen.

● Ueberdies ist es nicht Sache der Geschäftsprüfungskommission, aber auch nicht — zu diesem Zeitpunkt und in diesem Rahmen — Sache des Rates, die Zukunft zu behandeln. Zweifellosgibt es Geschäfte, die sich über Jahre hinziehen und deshalb für eine jährliche Geschäftsprüfung wenig geeignet sind. Die Kommission kann in einem solchen Fall gezwungen sein, den strikten Rahmen des Berichtsjahres zu verlassen, damit sie das fragliche Geschäft richtig beurteilen kann; aber es gilt hier vernünftig zu bleiben und zu verhindern, dass Prüfung und Behandlung der Geschäftsführung zu einer breiten Debatte über die politischen Absichten des Bundesrates werden — unser Rat ist nicht die Regierung, und derartige Ideen widersprechen unserem Auftrag als Aufsichtsorgan.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir wünschen eine umfassende Diskussion der Geschäftsführung, wobei jedoch das Gewicht auf die Hauptpunkte zu legen ist. Ein Geschäftsbericht der Regierung, der von gewissen Einzelheiten entlastet ist und die hängigen Hauptprobleme besser darlegt, wäre der Geschäftsprüfungskommission und dem Rat bei der Vorbereitung eine grosse Hilfe.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.



Empfehlungen für weitere Frauenberichte

Stellungnahme der FDP-Arbeitsgruppe Frau und Politik

Die Arbeitsgruppe «Frau und Politik» der FDP beabsichtigt, eingehend Stellung zu beziehen zu Inhalt und Empfehlungen des zweiten Berichtes der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Umfang und Gewicht dieses Berichtes sowie dessen Resonanz in der Öffentlichkeit rechtfertigen es, nach Ansicht des freisinnigen Gremiums, nicht nur Teilgebiete herauszugreifen, sondern in erster Linie den gesamten Problembereich grundsätzlich anzugehen.

In einer ersten Sitzung hat sich die Arbeitsgruppe deshalb anhand des Berichtes mit einigen allgemeineren Problemen befasst, die mit dieser Art von Sozialberichten in Zusammenhang stehen. Dabei sind verschiedene Schwierigkeiten zu Tage getreten, die die Arbeitsgruppe zu folgenden Empfehlungen veranlassen:

Erstens musste festgestellt werden, dass die amtlichen Statistiken oft zu wenig differenziert sind und vor allem, dass wichtige Daten erst einige Jahre nach ihrer Erhebung greifbar werden. Die Arbeitsgruppe würde es deshalb begrüssen, wenn die amtliche Statistik ausgebaut und so weit möglich, auch eingehendere Erhebungen im Sinne eines Mikrozensus ermöglicht würden; vor allem aber wäre zu wünschen, dass die Zahlen früher veröffentlicht würden, da nur so die auf diesen Zahlen basierenden Berichte für die aktuelle Politik ihren vollen Wert besitzen können.

In zweiter Linie galt die Aufmerksamkeit der Arbeitsweise dieser Kommissionen. Hier erachtet es die FDP-Arbeitsgruppe als notwendig, dass in verstärktem Masse und mit grösserem Gewicht Wissenschaftler in diejenigen Kommissionen einbezogen werden, die sich mit derartig wichtigen und komplexen gesellschaftlichen Fragen befassen.

Detailhandel in der Raumplanung

Stellungnahme des Ausschusses für Landesplanung

Eine verstärkte Berücksichtigung der Anliegen des Detailhandels in der Anwendung des Raumplanungsgesetzes, insbesondere bei der Erarbeitung der Richtlinien, fordert der Ausschuss für Landesplanung und Bodenrecht der FDP. Das von Nationalrat Pascal Couchepin (VS) geleitete Gremium ist der Meinung, dass der versorgungspolitischen Bedürfnissen aller Landesteile in der Raumplanung gebührend Rechnung zu tragen ist. Dabei ist vor allem auch der selbständige Detailhandel in den Planungsprozess einzubeziehen. Bei der Realisierung der Richtlinien ist den zuständigen Behörden das notwendige Instrumentarium mit fördernden und restriktiven Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Nach Ansicht des landesplanerischen Organs der FDP kann die Raumplanung allerdings nicht in den Dienst einer detailhandelsbezogenen Strukturpolitik gestellt werden. Vielmehr sollte sich der selbständige Handel bzw. seine Organisationen an der Trägerschaft für die Realisierung regionaler oder lokaler Verkaufszentren beteiligen und so das finanzielle Risiko mittragen. Die in diesem Zusammenhang entstehenden Infrastrukturkosten sind der entsprechenden Trägerschaft anzulasten. Der freisinnige Ausschuss liess sich von Architekt Dr. H. J. Otto (Zürich) und Karl Weisskopf (Coop Schweiz) über die Problematik von Raumplanung und Detailhandel orientieren.

Zu starres Besoldungssystem des Bundes

Stellungnahme der Arbeitsgruppe Öffentliches Personal

Das Besoldungssystem des Bundes ist nach Ansicht der Arbeitsgruppe Öffentliches Personal der FDP zu starr und zu zentralistisch und führt zu einer Nivellierung, die dem Leistungsprinzip nicht gerecht wird und auch den Erfordernissen der regionalen Arbeitsmärkte zu wenig Rechnung tragen kann. Unter dem Vorsitz von Nationalrat Kurt Schüle (SH) befasste sich die Arbeitsgruppe mit den Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Sie setzte sich nach einem Referat von Dr. Ernst Schwab, erstem Sekretär des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, mit dem privatwirtschaftlichen Standpunkt auseinander und kam zum Schluss, dass auch eine vermehrte Transparenz im Bereich der privaten und öffentlichen Arbeitsbedingungen und speziell in der Frage der Besoldungen wünschbar wäre.

Diskussion um ein «Markenzeichen»

FDP oder Freisinn?

Obwohl das Kürzel FDP für Freisinnig-Demokratische Partei zu einem gängigen Begriff geworden ist und in den Medien durchwegs Eingang gefunden hat, können sich nicht alle Parteimitglieder damit befreunden. Diesem Unbehagen gibt im folgenden Aufsatz, den er mit «FDP ade — Es lebe der Freisinn» betitelte, Dr. Egon P. S. Zehnder, Künznacht ZH, Ausdruck. «Der Freisinn» hofft, dass die vom Autor absichtlich etwas provokativ gehaltenen Ausführungen zu einer Diskussion Anlass geben.

In der nabelschauenden Broschüre «Wir über uns» kommt die Freisinnig-Demokratische Partei genau viermal vor. Eine innere Logik dieser Tatsache nicht abzusprechen, ist doch die Buchstabenfolge FDP ausgesprochen interpretationsbedürftig.

Gesichtslosigkeit einer Abkürzung

Ich gebe zu, dass die Abkürzung dem Insider, dem Profi, als Identifikation für seine Partei genügt. Ausserstehende aber, vom politisch interessierten Schüler bis zum rein emotionalen, politisch ungeschulten Wähler wissen mit dem Kürzel nichts anzufangen. Er bietet nicht nur keine Identifikationshilfe bei der Unterscheidung der Parteien oder gar ihrer Zuordnungen, sondern schafft im Gegenteil unnötige Verwirrung. Tatsächlich bedeuten die Parteiabkürzungen für die meisten Jungen und für politische Amateure (also die grosse Masse der Stimmbürger) nicht mehr eine memotechnische Stütze; sie sind einfach inwendig zu lernende Bezeichnungen. So steht denn FDP unterchiedslos neben SBB, SBB, SRG, FGZ, MNG usw. Und so weiss denn ausser den Eingeweihten niemand mehr sicher zu sagen, ob beispielsweise die Abkürzung «SVD» für «Schweizerische Vereinigung für Datenverarbeitung» steht oder für «Schweizerische Vereinigung für Direktwerbung» (sie steht für beides). Die Gesichtslosigkeit einer Abkürzung hat natürlich auch enorme Vorteile, lässt sich doch eine unglückliche oder allzu deutliche Bezeichnung mit ihr neutralisieren. «AZ» wirkt irgendwo gezielter als «Arbeiterzeitung». Wie steht es denn aber mit uns? Will etwa der Freisinn nicht mehr zu seiner ursprünglichen, unmissverständlichen Be-

zeichnung stehen? Selbst in der Konkordanzdemokratie ist es nicht unbedingt notwendig, die Fehler anderer Parteien zu wiederholen — zu denken ist hier insbesondere an die SVP, die mit der Abschaffung eines der schönsten, wohlklingendsten Parteinamen «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» mit dem nichtssagenden SVP (gut zu verwechseln mit SVD!) ein unbezahlbares Imagekapital verschenkt hat.

Geht codieren über studieren?

Wir leben unbestreitbar im Zeitalter der Abkürzungen. Ohne dem Trend zur Codierung im einzelnen nachzugehen, sind die offensichtlichen Vorzüge der Kurzform rasch zusammengefasst: erleichterte Einprägsamkeit, Handlichkeit bei wiederholter Anwendung und ihre Möglichkeit zur formelhaften Zusammenfassung komplexer Inhalte.

Diese Vorzüge kommen allerdings praktisch ausschliesslich in der Kommunikation unter Gleichgesinnten zum Tragen. So erleichtern die cif, fob, fot, faq und fas das Leben der Handelsleute ebenso spürbar wie die ZGB, BV, EMRK, BGB und ANAG jenes der Juristen.

Was aber ist mit den Abkürzungen, die für den breitesten Gebrauch gedacht sind? Wenn man den Redaktionen unserer Massenmedien glauben will, ist ausser SBB und PTT wenig vorzusetzen. Aber die FDP macht da wohl eine Ausnahme; sie ist ja schliesslich eine Volkspartei. Wenn uns aber schon eine Konzeption von Reportern und Bundeshausjournalisten aufgedrängt wird, dann haben wir es doch mindestens in der Hand, eine Kurzform zu wählen, zum Beispiel «freis.» oder «frei.», im Notfall «frs.» statt «fdp».

Was also signalisiert «FDP»?

SBB, PTT, EMD, EVD und ähnlich bekannte Abkürzungen stellen auch klar, welche Inhalte mit einem Kürzel wie FDP verbunden werden. Sie erinnern an Institutionen, somit an einen Apparat, an feste Geleise und assoziieren Unbeweglichkeit, Verknöcherung, Bürokratie, Eingefahrenheit. «FDP» führt aber auch zu Vergleichbarkeit, bzw. zu Gleichsetzung mit anderen Parteien: Mit der bundesdeutschen FDP zum Beispiel. Wer die Einschaltquoten der deutschen TV-Kanäle in der Schweiz kennt, wird den Einfluss der deutschen Medien auf den Schweizer Fernsehkonsumenten und damit auf die sprachlichen Begriffsassoziationen und semantischen Vorgänge in der Schweiz nicht unterschätzen. Der Blick über den Zaun lehrt uns aber, dass auch die Freien Demokraten mit dem kommunen «FDP» nicht glücklich werden konnten und ihr Profil dem Grafiker beziehungsweise den drei Abkürzungspunkten «F. D. P.» anvertrauten. Ist das die Lösung?

Ausser der Verwechslung mit den Freien Demokraten Deutschlands hat also die Buchstabenfolge FDP nichts einzubringen, und alle anderen Inhalte müssen

wir dem Kürzel zuerst mit intensivster, teurer Public-Relations- und Werbeanstrengung mühsam einfüllen — und vergeuden gleichzeitig den Wert, welcher unserem traditionellen «Freisinn» allein schon mit den prächtigen Begriffen «Frei» und «Sinn» von Natur aus anhaftet.

Das Problem der Demokraten

Natürlich sind seit 1978 die «Demokraten» der Freisinnigen Partei verbunden. Daran ändert auch die vorübergehende Abspaltung der Zürcher Demokraten von 1941 bis 1971 nichts Grundsätzliches. Man hat nun fälschlicherweise daraus abgeleitet, dass die Freisinnigen dieser Schwesterpartei die Reverenz und damit ihre Aufnahme in die gemeinsame Parteibezeichnung schuldig seien. Diese Ueberlegung ist obsolet.

Wie so manches, hat der Begriff «Demokratie», der klassischen, griechischen «Volksherrschaft» eine Umwertung erfahren, die seinen Inhalt zum Teil brutal vollständig ins Gegenteil verkehrt. Dafür können wir nichts, das ist vielmehr das bewusste Werk entschlossener, sprachlicher Unterwanderer, die ihr Handwerk hervorragend verstehen. Wenn eine «DDR» sich als «Demokratische Republik» bezeichnet, ist dies doch ein Hohn für einen einst inhaltsträchtigen, erstrebenswerten Begriff. Auch der sprachliche Widersinn, der im Pleonasmus «Volksdemokratie» mit aller wünschbaren Deutlichkeit zum Ausdruck kommt, vermag der Abwertung des Demokratiebegriffs nicht entgegenzuwirken.

Die Verwendung des Adjektivs «demokratisch» löst heute eine Reaktion Orwellscher Prägung aus: das Kriegsministerium wird zum Ministerium für Frieden usw. Mit anderen Worten, der Demokratiebegriff ist völlig sinnentleert beziehungsweise bei Milliarden von Menschen in das Ge-

genteil seines ursprünglichen Sinnes verkehrt worden.

Diese Entwicklung ist zwar bedauerlich, aber Tatsache. Der Freisinn kann aber deshalb ganz sicher auf das Attribut «demokratisch» in seiner Parteibezeichnung verzichten, ohne zu befürchten, deshalb als undemokratisch zu gelten. Dieser Entschluss dürfte uns auch deshalb nicht allzu schwer fallen, weil die 1971 fusionierten Demokraten seither entweder echte Freisinnige geworden sind oder inzwischen Zuflucht bei anderen Parteien gefunden haben.

«Freisinn» — ein Programm

Was bedeutet denn «Freisinn» heute? Ist es die «Patriotische Assoziation», der «Schutzverein für die Freiheit» von 1831? Ist es der «Schweizerische Volksverein» von 1847? Ist es die «Radikal-Demokratische Gruppe» von 1878? Oder ist es eine ausdrucksarme «FDP»? Wie flach und fad wirkt doch dieses nichtssagende «FDP», verglichen mit dem programmatischen «Freisinn» als Parteibezeichnung. Er symbolisiert Dynamik, Bewegung, Gestaltungswille, Idealismus. Er symbolisiert auch Jugend, Zukunft, Fortschrittlichkeit. Wenige Vokabeln wirken so attraktiv wie «neu» und «frei». Dass keine zügellose Freiheit gemeint ist, sondern auch eine «sinnvolle», ergibt sich zweifelsfrei aus der Kombination mit dem «Sinn»: Eine «Freiheit mit Sinn». Die Identifizierung ist klar, eindeutig, auf Antrieb verständlich und unverwechselbar.

Mit anderen Worten: Im Begriff «Freisinn» liegt ein Imagekapital brach, das in der schweizerischen Parteilandschaft seinesgleichen sucht. Warum sollen wir auf seine Nutzung verzichten? Verzichteten wir auf die «FDP»? Wir wollen keine FDPler sein, sondern Freisinnige! Bekennen wir uns zum «Freisinn»!

Kennen Sie die «Politische Rundschau», die Vierteljahrszeitschrift der FDP der Schweiz? Wenn nicht, stellen wir Ihnen gerne gratis ein Probeexemplar zur Verfügung. Benützen Sie untenstehenden Talon für Ihre Bestellung. Die letzten Nummern der «Politischen Rundschau» waren folgenden Schwerpunktthemen gewidmet: Einheit und Vielfalt des Freisinns, Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, Frauen und Freisinn, Jura, Totalrevision der Bundesverfassung, Der Unternehmer zwischen Wirtschaft und Politik, GVK im Widerstreit der Meinungen, 100 Jahre FDP-Fraktion der Bundesversammlung.

Einsenden an Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Ich wünsche

- Probeexemplar der «Politischen Rundschau» (gratis)
- die «Politische Rundschau» zu abonnieren (Abonnementspreis für Mitglieder der FDP Fr. 12.—, für Nichtmitglieder Fr. 16.—)
 - Parteimitglied
 - Nichtmitglied

Name _____

Strasse _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, Unterschrift _____

Lieber Leser

FDP oder FdP, Freisinnige oder Freie Demokraten, Liberale oder Radikale? Vielfältig ist das Bild der schweizerischen Freisinnigen auch in den Namen. Wohl hat nicht gerade jede Kantonalsektion ihren eigenen Namen und ihr eigenes Erscheinungsbild, doch der Varietäten gibt es unzählige. Ein Zustand, der jeden Werbesachverständigen schaudern lässt, der jedoch Ausdruck der unterschiedlichen historischen Entwicklung der Kantonalparteien ist und zugleich den föderalistischen Aufbau der schweizerischen Partei widerspiegelt. Die Diskussion über ein einheitliches Erscheinungsbild wird im Zeitalter neuer Kommunikationsformen wohl intensivierter geführt werden müssen. Einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung liefert Dr. Egon P. S. Zehnder mit einem Aufsatz auf dieser Seite.

Der Landesverband freier Schweizer Arbeiter (LFSA) ist keine freisinnige Gewerkschaft, obwohl Freisinnige zu seinen Gründern gehören und auch heute noch Freisinnige in leitender Funktion in dieser Arbeitnehmerorganisation tätig sind. Marcel Aeschbacher schildert die Entstehungsgeschichte des LFSA, der sich vor kurzem ein neues Sozialprogramm gegeben hat, auf Seite 6.

Auf die Tatsache, dass der Bundeshaushalt trotz der «gefundenen Milliarden» noch nicht saniert ist und von freisinniger Seite vom Bundesrat konkrete weitergehende Sparanstrengungen in einem entsprechend gestalteten Finanzplan erwartet werden, geht Ständerat Dr. Paul Bürgi auf Seite 1 ein.

In der Mai-Ausgabe orientierte «Der Freisinn» über eine Uno-Umfrage bei den Mitgliedern der FDP des Kantons Zürich. Nun liegen die Resultate vor: Vier Fünftel der Antwortenden haben ihre Meinung bereits gemacht; mehrheitlich sind sie gegen einen schweizerischen Uno-Beitritt. Die Ergebnisse der Umfrage im Detail auf Seite 8.

Seinen 65. Geburtstag kann am 25. Juli Bundespräsident Dr. Fritz Honegger feiern. Für den «Freisinn» gratuliert dem Jubilar auf Seite 5 FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger.

Weitere Beiträge runden diese Nummer des «Freisinns» ab.

Chr. Beusch

Chr. Beusch

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat: Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

Die Tat: Spären Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



Wir nehmen Kundenwünsche ernst. Das Resultat: Unsere vielen

Eigen-Modelle

von uns entworfen, aus Massivhölzern in kleinen Handwerksbetrieben hergestellt.



Möbelzentrum des Handwerks
Volketswil: An der Autobahnausfahrt Richtung Uster, vis-à-vis Waro, Tel. 01-945 55 81

Zürich: Uraniastrasse 28, vis-à-vis Parkhaus Jelmolli, Tel. 01-211 79 47

Bürgerlich-liberale Alternative
zu linken Studentengruppierungen

Liberaler Studenten im Vormarsch

Kürzlich wurde der «Dachverband Schweizerischer Studentenorganisationen (DSO)» ins Leben gerufen — ein Gegenverband zum bis anhin offiziellen «Verband der schweizerischen Studentenschaften (VSS)». Massgebend an dieser neuen Organisation beteiligt ist der Schweizerische Liberale Studentenverband (SLS). Ulrich Knoepfel, Sekretär des SLS, nimmt dies zum Anlass, seinen Verband vorzustellen.

Der Schweizerische Liberale Studentenverband (SLS) feiert dieser Tage sein fünfjähriges Bestehen. Ziel der Gründer war es, die Tätigkeit der bürgerlich-liberalen Studentengruppierungen an den Hochschulen unseres Landes zu koordinieren, sie bei ihrer Grundlagenarbeit zu unterstützen und vor allem auf eidgenössischer Ebene als Gesprächspartner gegenüber Öffentlichkeit und Behörden aufzutreten. Der SLS ist parteipolitisch nicht gebunden und repräsentiert etwa das Spektrum der Parteien FDP, SVP und Liberale.

Aufbauphase beendet

In den fünf Jahren seiner Existenz konnte der SLS seine Mitgliederbasis ständig erweitern, so dass ihm nun Mitgliedsorganisationen aus allen Universitäten der Schweiz (ohne Lausanne) sowie zwei gesamt-schweizerische Studentenzeitungen angehören. Nach jahrelanger Dominanz der studentischen Linken an unseren Hochschulen ist es gelungen, eine ernstzunehmende Alternative zu bilden.

Die vergangenen Jahre waren vor allem dem Aufbau und der inneren Festigung des Verbandes gewidmet. Aus der Tätigkeit sei herausgegriffen die Erarbeitung der (unseres Wissens einzigen) bildungspolitischen Konzeption aus liberaler Sicht. Dieses Papier bildet die Basis für die Tätigkeit der permanenten «Arbeitsgruppe Bildungspolitik», welche regelmässig Stellungnahmen zu den verschiedensten Fragen um Student und Hochschule erarbeitet. Solche Grundsatzarbeit ist wichtig, weil früher auf bürgerlicher Seite allzuoft nur von einem Tag auf den nächsten politisiert wurde. Man war deshalb nicht in der Lage, eine Politik zu verfolgen, die eine umfassende und zielgerichtete Alternative zur Linken dargestellt hätte.

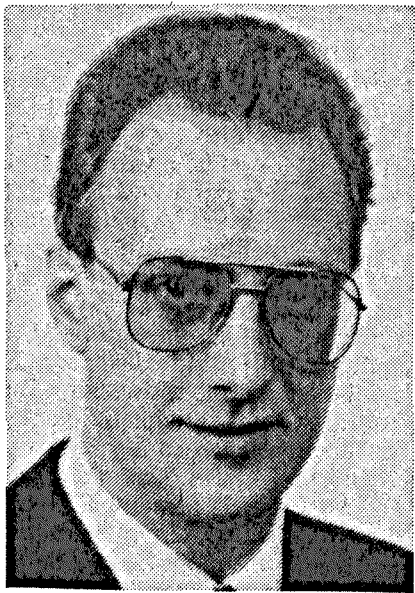
Auf grosses Interesse stossen auch immer wieder die vom SLS zweimal jährlich veranstalteten Seminare für die Kader der Mitgliedsorganisationen. Im Herbst wird jeweils ein bildungs- und hochschulpolitischer Problemkreis bearbeitet, das Frühlingsseminar wird dagegen «technischen» Fragen gewidmet wie Public Relations, Werbung oder Motivation der Mitglieder.

Projekte

Da die Aufbauphase als abgeschlossen gelten darf, kann der SLS seine ganze Energie nun dar-

Mitglieder des SLS

Universität Basel: «Zusammenarbeiten Mitbestimmen». Bern: «Gruppe Spektrum» und «Bürgerliche Studenten Bern». Genf: «Collectif des étudiants genevois libéraux-démocrates». Freiburg: «Christlich-Liberale Studenten». Neuenburg: «Société neuchâtoise des étudiants démocrates». St. Gallen: «Liberale Studenten St. Gallen». Zürich: «Studenten-Ring». Zeitungen: «Schweizerische Hochschul-Zeitung» und «Die Synthese».



Ulrich Knoepfel, lic. iur., Sekretär SLS

auf verwenden, offensiv nach aussen zu treten. Im Vordergrund steht dabei der Kampf gegen die Missstände im «Verband der schweizerischen Studentenschaften (VSS)». Dieser ist gegenüber den Bundesbehörden offizieller studentischer Gesprächspartner. Früher war er einmal repräsentativer Vertreter aller schweizerischen Studenten. Nachdem aber die studentischen Zwangskörperschaften an einigen Hochschulen abgeschafft worden sind und die Studentenschaften der welschen Universitäten sich kaum mehr für den VSS interessieren, ist dieser mangels Basis zu einem Rumpfverband geworden, der im (nach

Bedenken aus der Sicht des Bankiers

Bankeninitiative und Revision des Bankengesetzes

Eine Verquickung der Bankeninitiative mit der Revision des Bankengesetzes ist nicht unbedenklich. Sie könnte die sachliche Diskussion in der höchst anspruchsvollen Gesetzesmaterie in Frage stellen. Diese Ansicht vertritt Dr. Jörg Boller, Direktor des Schweizerischen Bankvereins. Das Parlament könnte durch die gleichzeitige Behandlung einer Gesetzesrevision und einer höchst politisch gefärbten Initiative materiell überfordert sein und zu unnötigen Konzessionen gedrängt werden.

In der jüngsten Ausgabe der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung stellt Dr. Jörg Boller eine kritische Betrachtung zur Bankenpolitik am Vorabend wichtiger Weichenstellungen an. Ausgehend von einer eigentlichen Standortbestimmung, beurteilt der Autor neue politische Entwicklungen in der für die schweizerische Wirtschaft bedeutenden Bankenbranche.

Hohe Regelungsdichte

Vereinzelte Fehlleistungen und Missbräuche von Bankiers, die keineswegs beschönigt werden sollen, hätten oft völlig unverhältnismässige Reaktionen in der Öffentlichkeit, vor allem auch in den Medien zur Folge gehabt. Immer wieder seien in diesem Zusammenhang Forderungen erho-

links abgekippt) Elfenbeinturm Klassenkampf im Stile des letzten Jahrhunderts betreibt.

Seitens des SLS ist versucht worden, den VSS zu restrukturieren und demokratischer zu gestalten. Insbesondere war es unser Anliegen, dass an Hochschulen ohne offizielle Studentenschaft, der alle Studierenden angehören, auch andere Gruppierungen als linke beim VSS mitarbeiten dürfen. Leider hat sich der VSS strikte geweigert, irgendwelche Schritte in dieser Richtung zu tun, so dass sich der SLS gezwungen sah, einen Gegenverband zu gründen.

Zusammen mit der Studentenschaft der Hochschule St. Gallen (welche vor Jahren zum VSS ausgetreten ist) und dem Schweizerischen Studentenverein (dem vorwiegend katholische Studierende angehören) ist deshalb die Gründung des «Dachverbandes schweizerischer Studentenorganisationen (DSO)» in die Wege geleitet worden. Demnächst wird der DSO den Bundesbehörden Antrag stellen, neben dem VSS als gleichberechtigter Studentenvertreter in den entsprechenden Bundesgremien Einsitz nehmen zu dürfen.

Für das nächste Jahr steht ein grösseres Vorhaben auf internationaler Ebene auf dem Terminalkalender: Die «European Democrat Students», eine Vereinigung liberaler, christlichdemokratischer und konservativer Studenten aus ganz Europa, bei welcher der SLS die Schweizer Sektion darstellt, führen jedes Jahr eine sogenannte Sommer-Universität durch. Eine Woche lang diskutieren ca. 250 gleichgesinnte Studenten gemeinsam interessante Fragen, und jede Delegation informiert über aktuelle politische Ereignisse in ihrem Land. Führende europäische Politiker stellen sich zudem für Referate und Gespräche zur Verfügung. Der SLS möchte sich nächstes Jahr gerne als Gastgeber anbieten und die Sommer-Universität zum erstenmal in der Schweiz durchführen.

Adresse: Schweizerischer Liberaler Studentenverband, Limmatquai 138, Postfach 6136, 8023 Zürich, Tel. (01) 251 39 14.

Kernstück der Initiative solle, so der Autor, die Privatsphäre des Bürgers in Vermögensangelegenheiten aufgebrochen werden.

Die Initianten operierten mit der bewussten Unterstellung, dass die Steuerhinterziehung in der Schweiz besonders «ansteckend» sei. Tatsache sei aber, dass auch nach schlüssigen und durchaus glaubwürdigen ausländischen Quellen die Steuermoral in der Schweiz gut ist. Damit werde der Vorwurf der angeblichen Prellung des Staates auf seinen überwiegend demagogischen und wahltaktischen Gehalt reduziert. Zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung stünden zudem im neuen Wehrsteuerrecht die notwendigen Instrumente bis hin zu einer mobilen Fiskalpolizei zur Verfügung.

Vorentwurf zum Bankengesetz

Bereits 1975, also lange vor der Lancierung der Bankeninitiative, habe der Bundesrat eine Studienkommission eingesetzt und ihr den Auftrag erteilt, das geltende Bankengesetz zu überprüfen sowie allenfalls notwendige Änderungen vorzuschlagen. Die Studienkommission hätte eine Reihe von Sofortmassnahmen unterbreitet, was den Bundesrat 1976 zur Revision der Bankenverordnung veranlasste. Daraus sei namentlich eine funktionelle und personelle Verstärkung der Bankenaufsicht resultiert.

Der ebenfalls von der Studienkommission ausgearbeitete Vorentwurf für ein total revidiertes Bankengesetz komme den Zielen der Initianten recht weit entgegen. Er verlange zwar keine Auskunftspflicht gegenüber den Steuer- oder anderen Behörden, schliesse aber eine solche auch nicht aus, sondern behalte sie ausdrücklich vor. Er verpflichte im weiteren die Banken zur Vorlage konsolidierter Jahresrechnungen. Die Möglichkeiten der Bildung stiller Reserven sowie die Verflechtung mit bankfremden Unternehmen würden stark eingeschränkt.

Gefährliche Verquickung

Nun wolle der Bundesrat die Bankeninitiative und die Entwürfe zur Revision des Bankengesetzes dem Parlament gleichzeitig, im Herbst 1982, zuleiten. Dies hätte er in seinem Bericht an die eidgenössischen Räte über die Richtlinienentscheidungen in der zweiten Legislaturperiode festgehalten. Nach Ansicht von Dr. J. Boller ist dieser Entscheid zu bedauern, da er die Auseinandersetzung um die Bankengesetzrevision zu einem Politikum hochstilisiere. Weil die Gesetzesrevision lange vor der Lancierung dieser Bankeninitiative eingeleitet worden wäre, sei eine gemeinsame Behandlung unter politischen Prämissen gefährlich.

Die Gesetzesmaterie würde damit gleichsam in Konkurrenz zur Bankeninitiative stehen und könnte kaum mit der notwendigen Sachlichkeit angegangen werden. Daher sei die Verquickung von Revision und Initiative kaum als der Weisheit letzter Schluss zu betrachten. Gewisse Teile der Bankengesetzrevision, so vor allem die Entschärfung des Bankgeheimnisses, das den übrigen Berufsgeheimnissen gleichgestellt werden solle, könnten nämlich auch in ihrer jetzigen Form durchaus zur Diskussion gestellt werden.

Der gute Ruf und die weltweite Reputation des schweizerischen Bankwesens könnten rasch verspielt werden. Am Vorabend zur Debatte um die Revision der Bankengesetzgebung und die Bankeninitiative wolle solches bedacht sein. Immer deutlicher gewinne auch die Tendenz an Boden, die Unverwechselbarkeit der Schweiz einer internationalen Gleichmacherei zu opfern. Dies dürfte jedoch wohl kaum im wohlverstandenen Interesse unseres Volkes liegen.



Zum AKW Kaiseraugst

Schon zu Beginn der 70er Jahre haben die Gruppierungen links der SP entdeckt, dass der Kampf gegen Atomkraftwerke dazu beitragen könnte, das Protestpotential der 68er-Bewegung zu erweitern, die eine Massenbewegung zu organisieren, die ihren revolutionären Zielen förderlich wäre. So wurden bereits vor einem Jahrzehnt die Taktiken und Strategien festgelegt, um die damals bestehende Bewegung gegen die AKWs zu radikalisieren, Verunsicherungen und Ängste zu verbreiten, die Konflikt- und Konfrontationsbereitschaft zu steigern.

Im letzten Jahrzehnt wurde eine fast unübersichtbare Flut von Schriften produziert, die sich gegen den Bau von Atomkraftwerken richten und die zugleich eine Tendenz aufweisen, den Gegnern der Kernenergie, die ihren Kampf nicht aus ideologischen und klassenkämpferischen Gründen führen, sei u. a. die folgende Broschüre zur Lektüre empfohlen: «Krisenkrankheiten — Materialien für die Autonomie — Gegen die Atomlobby». Als Verfasser zeichnet Georgio Bellini, bekannt vom Tagesschau-Skandal. In dieser Veröffentlichung ist eine Doppelstrategie mit einer bedenklichen Grundhaltung ummissverständlich dargelegt: einerseits lässige Propaganda, Bewusstseinsarbeit und legale Massentreffen, andererseits «politische» Einzelaktionen, Sabotageaktionen und bewaffneter Kampf. Gewalt wird in offener Weise nicht nur als Mittel, sondern als Bedürfnis postuliert und als berechtigt betrachtet, um die «Gewaltstrukturen» unseres Systems zu zerstören. Betreffend sind die Feststellungen auf Seite 7 der Broschüre: «Im Grunde genommen haben wir mehr Angst davor, die AKWs könnten reibungslos funktionieren, als davor, dass sie in die Luft fliegen. Das AKW ist sozusagen ein Monument für jene absolute Zuverlässigkeit, die manlichkeit und Funktionstüchtigkeit, die überall von uns verlangt. Das AKW vereint also alle Aspekte des heutigen Kapitalismus in sich, vom psychischen Innenleben bis zur militärischen Umzingelung: es ist daher ein für uns gefährliches, bis in alle Fasern bedrohliches Modell. Und das je besser es funktioniert!»

Die nicht nachlassende «Bewusstseinsarbeit» hat nun offensichtlich auch ihre Auswirkungen auf die Regierungen und Parlamentarier der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Sie machen ihren Einfluss geltend, dass das AKW Kaiseraugst nicht gebaut wird. Was fühlen jedoch unsere Mitteleidgenossen in den benachbarten nördlichen Kantonen, für die grosszügig Energie konsumieren, für die Bevölkerung, die in der Nähe der bestehenden Atomkraftwerke lebt? Werden sie diesen mutigen Bewohnern in ihren angestrebten kernkraftfreien Kantonen zum mindesten ein Asyl anbieten, damit diese den «unvermeidlichen Gefahren» entkommen können?

Es bleibt zu hoffen, dass hinsichtlich der Bewilligungsverfahren für Kaiseraugst die sachlichen und nicht die emotionalen und ideologischen Motive im Vordergrund bleiben. Drohungen zur Anwendung von Gewalt, Herausforderung einer Konfrontation und Anforderungen von ausländischer Besetzerhilfe dürfen nicht zur Einschüchterung und Erpressung führen und können kein Mittel sein, um in unserem Land Entscheide zu fällen.

Karl Frey, Olten

Dem Referendum unterstellte Vorlagen

Bei folgenden Bundeserlassen läuft gegenwärtig die bis 4. Oktober 1982 datierte Referendumsfrist. Umstrittene Vorlagen sind: Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG), Gewässerschutzgesetz, Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen, Bundesgesetz über einen Beitrag an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz [AVIG]), Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung, Bundesbeschluss über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, Bundesbeschluss über die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (Übergangsordnung), Bundesbeschluss über die Schweizerische Genossenschaft für Getreide und Futtermittel.

- Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)
- Gewässerschutzgesetz
- Bundesgesetz über aussenwirtschaftliche Massnahmen
- Bundesgesetz über einen Beitrag an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung
- Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz [AVIG])
- Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung
- Bundesbeschluss über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland
- Bundesbeschluss über die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung (Übergangsordnung)
- Bundesbeschluss über die Schweizerische Genossenschaft für Getreide und Futtermittel

Fortsetzung von Seite 1

Jahre 1981 werden bei vermutlich tieferem Zinsniveau zu massiv erhöhten Rückerstattungen führen. Dies bedeutet, dass bereits wieder grosse Anstrengungen nötig sind, um ein Defizit der Finanzrechnung in Milliardenhöhe zu verhindern. Die Landesregierung ist deshalb in ihrer Absicht zu unterstützen, eine straffe Budgetpolitik durchzuführen.

Keine akademische Uebung

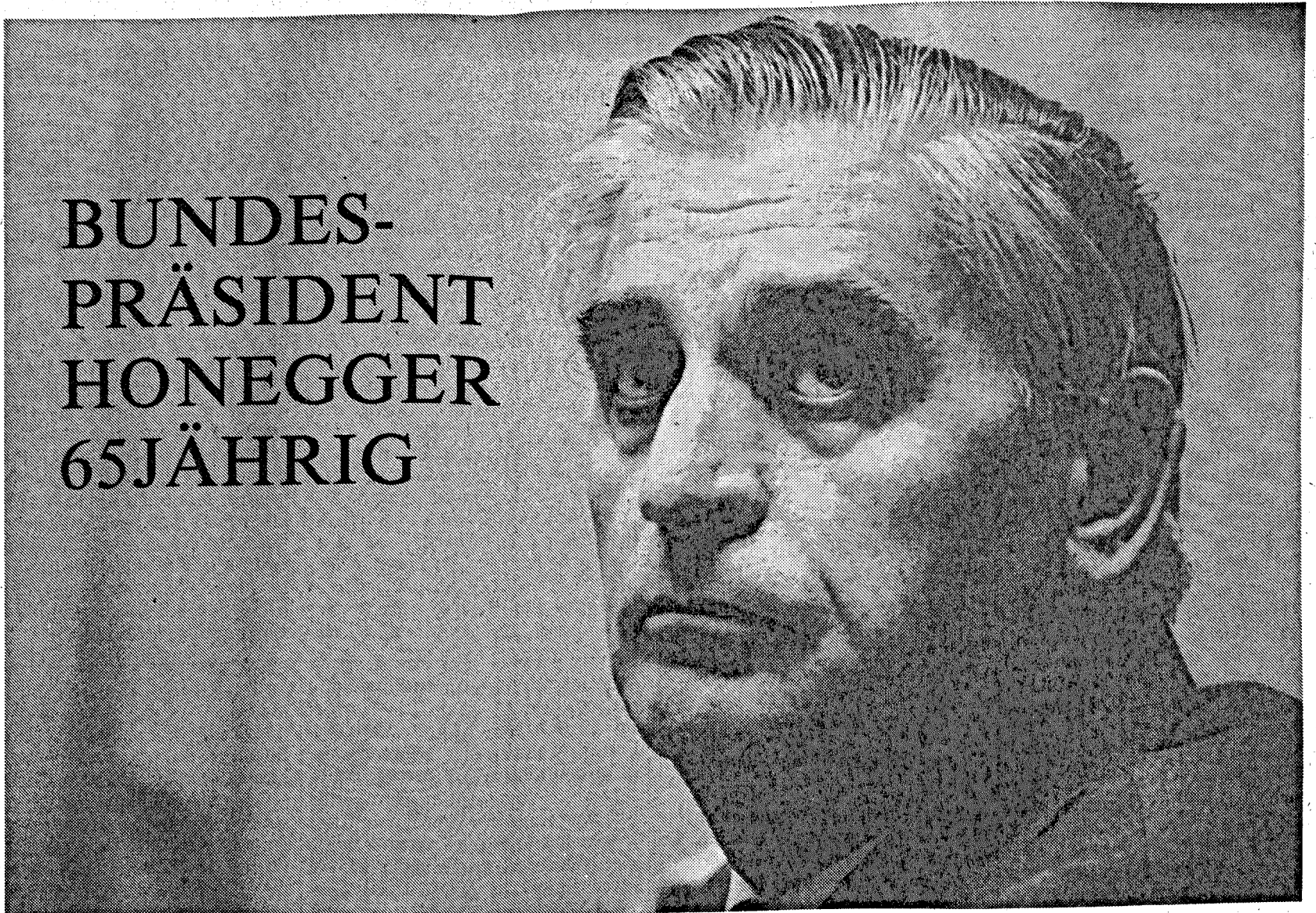
Die gefundene Milliarde des Jahres 1981 hat die Hoffnung geweckt, dass der wenig erfreuliche Finanzplan und die Finanzperspektiven vom Oktober 1981 im guten Sinne überholt sein könnten. Leider ist das kaum der Fall. Zwar werden sich ausgehend von den Mehreinnahmen des Jahres 1981 einige Verbesserungen auch in die kommenden Jahre durchziehen. Davon die dauernde Sicherung der Bundesfinanzen zu erwarten muss indessen in den Bereich der unrealistischen Erwartungen verwiesen werden. Vielmehr werden wir ab 1983 erneut mit einem zunehmenden Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben konfrontiert sein.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Motion beider Räte vom vergangenen Dezember zum Finanzplan ihren alten Stellenwert. Darin wurde der Bundesrat bekanntlich aufgefordert, nötigenfalls einschneidende Massnahmen im Ausgabenbereich zuvorschlagen. Das Finanzdepartement hat dem Bundesrat entsprechenden Massnahmenkatalog vorgelegt, der zurzeit in den Departementen in Bearbeitung steht. Es sei deutlich unterstrichen, dass dies nicht nur eine akademische Uebung sein darf, sondern einen substantiellen Beitrag in Richtung Gleichgewicht im Bundeshaushalt darstellen muss.

Keine a. o. DV am 28. August

Die FDP der Schweiz verzichtet auf die gemäss Jahresterminkalender vorgesehene ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 28. August, da weder Abstimmungsparascheften noch andere Geschäfte anhängig sind. Die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung findet somit Samstag, 30. Oktober, statt.

BUNDES- PRÄSIDENT HONEGGER 65JÄHRIG



Bundespräsident Dr. Fritz Honegger feiert am 25. Juli seinen 65. Geburtstag. Zwar ist ihm in einem Präsidentschaftsjahr kaum die Musse für einen ausgedehnten Marschhalt gegeben, erfordert doch das hohe Amt seine ununterbrochene Präsenz. Dennoch bietet der Geburtstag in der Mitte des siebten Dezenniums Anlass zu einer besonderen Feierstunde. Bundespräsident Dr. Fritz Honegger kann sie in der Gewissheit begehen, unserem Land, an dessen Spitze er nun steht, in mehreren Etappen, auf verschiedenen Stufen, das Beste geleistet zu haben. Ein Jubilar, der sein Leben in wesentlichen Teilen dem Dienste der Öffentlichkeit widmete — als Mensch, als Berufsmann, als Politiker und als Soldat. Er hat alle Stufen durchlaufen, hat, wie man so sagt, von der Pike auf gedient — nichts war ihm in die Wiege gelegt worden, alles hat er selbst erarbeitet. Um so mehr mag es für ihn, der nicht nach dem hohen Amte strebte, in das er geru-

fen wurde, dennoch eine persönliche Genugtuung sein, gerade in diesem Jahre die Landesregierung präsidieren zu können. Der Jubilar hatte es nie nötig, sich in den Vordergrund zu drängen, sich bei jeder Gelegenheit unüberhörbar in Erinnerung zu rufen oder vor Wahlen eine emsige Betriebsamkeit zu entwickeln. Seine profunde Sachkenntnis, seine Gabe, Problemkomplexe rasch und sicher zu durchschauen, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden, haben immer überzeugt. Er ist ein Mann der Tat. Nie ist ihm etwas zuviel, und immer stand und steht er zur Verfügung, wo es seiner bedarf. Beifall interessiert ihn kaum, weshalb er auch den Mut zur Unpopularität hat. Ihm liegt an Effizienz, nicht an Brillanz. Er ist kein Blender, sondern ein Schaffer, ein Macher, ein Realisator mit Sinn für das Mass und das Mögliche. Seine Rhetorik ruft nicht nach klassischen Vergleichen, wie ihm auch jegliches

Pathos fremd ist — aber wenn er spricht, hat er etwas zu sagen, und er wird von allen verstanden. Er ist im Element, wenn er zur Sache selbst kommen kann. Als überzeugter Liberaler ist er immer wieder entschieden für eine freie und gesunde Wirtschaft eingetreten. Aber er weiss auch, basierend auf einem am Gemeinwohl sich orientierenden politischen Standort, um deren soziale Verantwortung. Seine Gradlinigkeit und Offenheit, seine freiheitliche und unabhängige Gesinnung haben ihm, gepaart mit dem Verständnis für die Belange der anderen und mit politischer Fairness, Wertschätzung über die Parteigrenzen hinaus eingetragen. Seine nüchterne und oft scheinbar etwas unnahbar wirkende Natur kennt keine Popularitätshascherei. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb hat seine schnörkellose Art Dank und Anerkennung in der breiten Öffentlichkeit gefunden.

Für mich persönlich ist es eine

besondere Freude, dem ehemaligen Präsidenten der schweizerischen Partei zu seinem Geburtstag herzlich zu gratulieren. Während mehrerer Jahre hat er das Ruder der schweizerischen Partei fest in der Hand gehabt. Die Zusammenarbeit mit Fritz Honegger gestaltete sich überaus loyal und unproblematisch. Wer unter seiner persönlichen Leitung wirken durfte, weiss, wie offen und unkompliziert mit ihm die Probleme angegangen und auch gelöst werden können. Ich erinnere mich deshalb gerne an manch erhebende Stunde mit dem Jubilar im Kreise der politischen Freunde oder im privaten Rahmen zurück. Heute ist es mir ein echtes Anliegen, Bundespräsident Dr. Fritz Honegger auch im Namen der Partei den aufrichtigen Dank für sein vorbildliches, von einer liberalen freisinnigen Politik getragenes Wirken im Dienste unseres Landes auszusprechen. Dieser Dank sei verbunden mit allen guten Wünschen für die Zukunft.

H. R. Leuenberger

Exklusiv(r)echte.

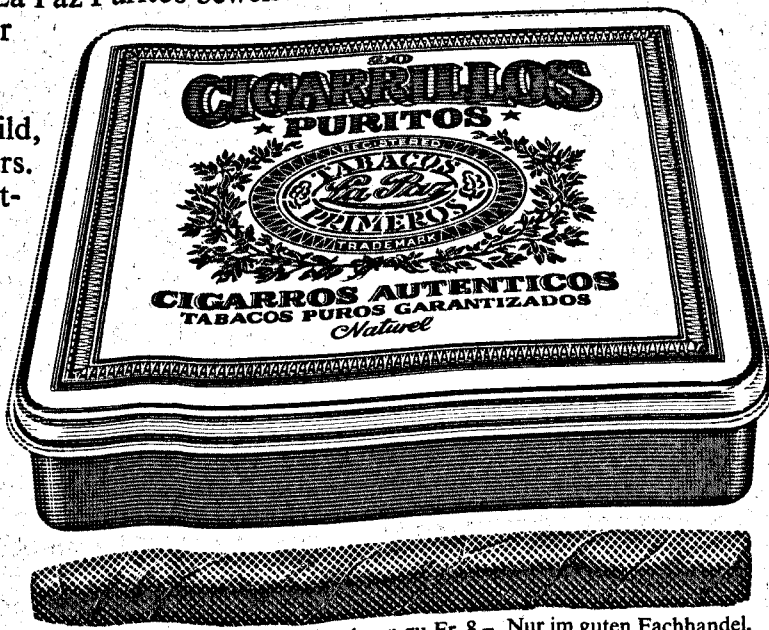
Cigarillos geniessen in Kennerkreisen wenig Zutrauen. Das oft zu Recht. Denn das Verhältnis von Innengut zu Um- und Deckblatt kann bei kleinen Cigarren die Geschmacks- harmonie beeinträchtigen, da für eine ausgewogene Mischung kaum noch Raum bleibt.

Doch keine Regel ohne Ausnahme. La Paz Puritos beweisen das. Werden sie doch mit besonderer Sorgfalt nur aus Tabaken der allerbesten Ernten der weltberühmten Provenienzen aus Havana, Brasil, Java und Sumatra melangiert. Gehaltvoll und doch mild, sind sie die Spitzencigarillos des Connaisseurs. Selbstverständlich naturrein und ohne künstliche Geschmackszutaten. Mit erstaunlich langer Rauchdauer. Eben so, wie Cigarillos sein sollen. Denn echte Geniesser suchen das Exklusive.

Wir von La Paz richten uns danach.



Cigarros Autenticos.



Puritos von La Paz in 20er-Blechdosen zu Fr. 8.— Nur im guten Fachhandel.

An der Wiege stand die Freiheit

LFSA — eine liberale Gewerkschaft

Der Landesverband Freier Schweizer Arbeiter (LFSA) hat ein neues Sozialprogramm ausgearbeitet, in welchem der Vollbeschäftigung Priorität eingeräumt wird. Marcel Aeschbacher geht auf die Geschichte des LFSA ein und stellt ihn vor:

Mit der industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert entstand zwangsläufig auch die Arbeiterfrage. Einsichtige, liberale Kreise anerkannten die Berechtigung vieler Postulate der aufkommenden Arbeiterbewegung, lehnten aber andererseits die vom Ausland übernommenen revolutionären Theorien und Methoden ab. Aus dieser liberal-fortschrittlichen Haltung heraus entstanden der Ruf nach sozialen Reformen, anstelle der revolutionären Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse, sowie der Wille zum Zusammenschluss aller Gleichgesinnten im Lager der Arbeitnehmer.

Freisinnige Gründer

Es wurde als ein Unrecht empfunden, dass der Arbeiter nicht die Möglichkeit haben sollte, sich zur Verteidigung seiner Interessen zu vereinigen. Die liberalen Führer, wie der St. Galler Jakob Zäch (1873—1937), der Solothurner und spätere Bundesrichter Adrian von Arx (1879—1934), der Solothurner Ständerat Robert Schöpfer (1869—1941), Nationalrat Dr. Arnold Saxer, der nachmalige Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung und erste Zentralsekretär des LFSA, sahen, dass das Interesse des Arbeitnehmers auf dem Boden einer politi-

schen Partei nicht hinreichend gewahrt werden kann und die berufsverbandliche Zusammenfassung eine unerlässliche Notwendigkeit war.

Die liberalen Sozialpolitiker erkannten bald, dass die bestehenden Arbeitnehmerorganisatio-

Ueber 22 000 Mitglieder

Mitgliederbestand per Ende 1981: 22 480 in elf Kreisverbänden.

Kollektivmitglieder: Schweizerischer Fotografenbund, Schweizerische Zahn-techniker-Vereinigung, Asatett (PTT-Monteurs), Schweizerischer Gärtner-Verband, Forst-Personalverband der Schweiz.

nen dem Gedankengut des Sozialismus nahestanden, wodurch die Entfremdung der Arbeiter von der Grundauffassung des bürgerlichen Staates verstärkt wurde. Bedenken erweckte vor allem auch die internationale Orientierung der Arbeiterbewegung und deren Abkehr von den vaterländischen Auffassungen. Dazu kam die Betonung des Klassenkampfes und der importierten Diktatur des Proletariats, als Fernziel politisch-gewerkschaftlicher Marschrichtung und der Bedrohung, eine unüberbrückbare Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einerseits und dem bürgerlichen Staat andererseits aufzureissen.

Freisinnige forderten Gesamtarbeitsvertrag!

Die Geschichte des Arbeitsfriedens in der Schweiz begann nicht erst mit dem «Friedensabkommen» in der Metall- und Maschinenindustrie vom Jahre 1937. Lange vorher, nämlich schon im Jahre 1913 (!), forderte Adrian von Arx den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen, als ein Instrument der Zusammenarbeit für die Erhaltung und Förderung des Arbeitsfriedens, der schon immer an der Spitze des Forderungsprogramms des LFSA gestanden hatte. Die liberalen Sozialpolitiker legten auch grosses Gewicht auf die menschliche Seite der Arbeiterfrage. «Nicht wie ein Lasttier soll der Arbeiter seine Arbeit verrichten, sondern als ein freier Mensch», schrieb von Arx.

Die Gründung des LFSA

Nachdem sich da und dort verschiedene freie Arbeitervereinigungen gebildet hatten — schon 1914 errichtete zum Beispiel der «Freie Arbeiterverband St. Gallen» eine eigene Arbeitslosenkasse —, reifte dann Anfang 1919 der Gedanke, die freie Arbeiterbewegung in eine eigentliche gewerkschaftliche Organisation zu-

Das neue Sozialprogramm des LFSA

Oberste Priorität wird im neuen Sozialprogramm der Vollbeschäftigung eingeräumt; sie soll u. a. durch selektives Wachstum und durch Arbeitszeitverkürzungen angestrebt werden. Grosse Bedeutung wird in diesem Zusammenhang auch einer Vielzahl von leistungsfähigen kleineren und mittleren Betrieben beigemessen. Die Wünschbarkeit des technologischen Fortschritts wird nicht allein von den wirtschaftlichen Vorteilen abhängig gemacht, sondern in erster Linie von den menschlichen und sozialen Auswirkungen.

Die Humanisierung der Arbeit und die eng damit verbundene Mitbestimmung der Arbeitnehmer — auch auf unternehmerischer Ebene — bilden einen weiteren Schwerpunkt des Sozialprogrammes. Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Bildung geschenkt, und ein

Recht des Arbeitnehmers auf bezahlten Bildungsurlaub wird gefordert.

Im Rahmen der sozialen Sicherung wird vom Staat eine Familienpolitik erwartet, die auf die besondere finanzielle Situation einer Familie in der Aufbauphase Rücksicht nimmt. Der Staat ist auch aufgerufen, im Wohnbauwesen aktiver zu werden und nötigenfalls selbst als Bauherr aufzutreten und ausreichende Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsschichten zu angemessenen Bedingungen zu sichern. Als Alternative zum umfassenden Versorgungsstaat werden im Programm des LFSA die Selbstorganisation und die Selbsthilfe propagiert und von der Arbeitswelt entsprechende Konzessionen an das Gemeinschaftsleben in Form von Arbeitszeitreduktionen zugunsten vermehrter Eigenarbeit verlangt.

sammenzuschliessen und umzugestalten. Am 11. Mai 1919 wurde in Zürich der Landesverband Freier Schweizer Arbeiter als «Freiheitlich-Nationaler Arbeiter- und Angestellten-Bund der Schweiz» aus der Taufe gehoben. Gemäss seinen Grundlagen, die seit der Gründung des LFSA unverändert in Kraft sind, also zwei Weltkriege überstanden, mit allen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Veränderungen im Gefolge, stand der LFSA von Anfang an auf dem Boden der Demokratie und förderte das vaterländische Denken aller Arbeitnehmer. Er vertritt die Interessen der Arbeitnehmer in Zusammenarbeit aller Volksteile, insbesondere der sozial eingestellten Arbeitgeber. Die Gewerkschaft bejaht wohl grundsätzlich das Streikrecht, lehnt aber den Klassenkampf ab. Der LFSA ist gemäss seinen statutarischen Weisungen parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Die Verbandsmitgliedschaft ist jedoch unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu politischen Parteien oder Organisationen, deren Grundsätze denjenigen des LFSA zuwiderlaufen.

Die Gewerkschaft ist keine Lohnmaschine

Der LFSA fühlt sich verpflichtet, als freie, gewerkschaftlich handelnde Gemeinschaft die freie Entfaltung des Menschen zu wahren, seine Freiheit als Staatsbürger und Arbeitnehmer zu erhalten, seine Persönlichkeit ebenso wie seine Mitverantwortung gegenüber unserm Staatswesen, sowie seine schöpferischen Kräfte zu fördern und schliesslich in ihm das Verständnis zu wecken für Bildung und Kunst.

Das in der Ueberzeugung, dass nur eine freie, nicht dem Profitdenken und der Machtballung, sondern der Verantwortung gegenüber ihrer Arbeitnehmerschaft die notwendige Weiterförderung der sozialen Belange gewährleistet und die Gesamtarbeitsvertragspolitik als Garant des Arbeitsfriedens zu einem echten partnerschaftlichen Verhältnis unter den Vertragskontrahenten

und in den Betrieben führen muss.

Damit ein möglichst grosses Sozialprodukt verteilt werden kann, will die Gewerkschaft am ertragreichsten Wirtschaftssystem, dem System der Markt- und Privatwirtschaft, festhalten. Durch die Steigerung der Produktivität soll dieses System eine weitere Verbesserung erfahren. Ihre Ziele will sie erreichen durch Reformarbeit innerhalb des demokratischen Rechtsstaates in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.

International ist der LFSA im «Weltbund freier Arbeiterverbände auf liberaler Wirtschaftsgrundlage» mit Gewerkschaften aus Oesterreich, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und Italien zusammengeschlossen. Dieser «Weltbund» ist 1948 auf Initiative des LFSA aus der Taufe gehoben worden. Er wird zurzeit präsiert vom Belgier Armand Colle, Generalsekretär ist Josef Weber (Zürich), Zentralsekretär des LFSA.

Immer weniger finanzstarke Kantone?

Die für den interkantonalen Finanzausgleich wichtige Einteilung der Kantone in eine finanzstarke, eine mittelstarke und eine finanzschwache Gruppe hat seit ihrer Einführung im Jahr 1959 auffallende Veränderungen erfahren. Während damals 11 Kantone als finanzstark, 6 als mittelstark und 8 als finanzschwach eingestuft wurden, betrug dieses Verhältnis 1966 9/9/7 und 1970 6/11/8. Ein merkliches Abrutschen der finanzstarken Kantone in das Mittelfeld also, das sich auch nach 1970 noch fortsetzte, während umgekehrt ein paar finanzschwache Kantone in die mittlere Gruppe aufstiegen: 1974 lautete die Gruppeneinteilung 5/13/7, 1978 5/15/5, 1980 5/14/6 und für 1982/83 ergibt sich die Einteilung 4/16/5 (letzte Zahlen ohne Jura, der zur finanzschwachen Gruppe zählt).

Generell weist die Finanzkräftestufung der Kantone somit einen ausgeprägten Abwärtstrend auf, um so mehr, als auch innerhalb der Gruppen Abwärtsbewegungen weitaus häufiger gewesen sind als solche in umgekehrter Richtung. Dadurch wird nicht nur eine finanzielle Umverteilung unter den Kantonen bewirkt; der Bund wird ebenfalls zusätzlich belastet, denn er stuft die Höhe der Beiträge an die Kantone in der Regel nach deren Finanzkraft ab.

Konsequenzen aus Falkland- und Libanon-Konflikten?

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung hat im Nationalrat folgende Interpellation eingereicht, in welcher der Landesregierung sieben konkrete Fragen zu den Konsequenzen aus den Libanon- und Falkland-Konflikten gestellt werden:

«Die kriegerischen Auseinandersetzungen um die Falkland-Inseln und in Libanon lassen gewisse Schlüsse auch für unsere eigene Landesverteidigung zu. Der Bundesrat wird daher um Stellungnahme zu folgenden Fragen ersucht:

1. Beide Konflikte haben erneut gezeigt, dass konventionelle Kriege unter der Nuklearschwelle weiterhin möglich sind. Ist dieser Umstand auch nach Auffassung des Bundesrates eine Bestätigung dafür, dass unser, auf konventioneller Bewaffnung beruhendes Abwehrkonzept nach wie vor realistisch ist?

2. Trifft die Auffassung zu, dass bessere Ausbildung und Disziplin der britischen und israelischen Truppen gegenüber ihrem jeweiligen Gegner eine wesentliche Rolle gespielt haben?

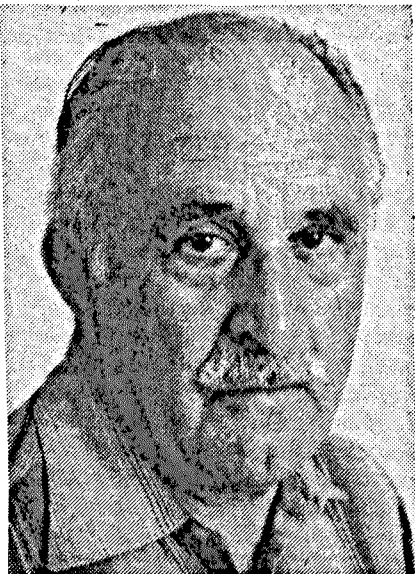
3. Ist es nach Auffassung des Bundesrates richtig, dass in beiden Konflikten modernste Technik von erheblicher Bedeutung war und dass damit die bei uns von einzelnen Kreisen verfochtene Idee der einfachen und billigen Armee, die auf technisch und anspruchsvolle Waffen und Geräte verzichtet, einmal mehr widerlegt worden ist?

4. Treffen die Meldungen zu, wonach die Luftverteidigung der britischen Bodentruppen mangels genügender Unterstützung durch Flugzeuge vor allem auf dem Lenkwaffensystem Rapier und der tragbaren Flaklenkwaffe Blowpipe beruhte? Ergibt sich daraus nicht ein weiteres Argument für die baldige Beschaffung einer tragbaren Flaklenkwaffe unsererseits?

5. Offenbar haben die Israeli mehrere syrische Panzer vom russischen Typ T-72 abgeschossen. Handelte es sich dabei um das Modell mit Verbundpanzerung oder um ein vereinfachtes Exportmodell, und welche Schlüsse sind daraus für unsere Panzerabwehr zu ziehen?

6. Ist es richtig, dass sich die britischen Truppen durch die Verwendung von Nachtsichtgeräten wesentliche Vorteile haben verschaffen können?

7. In beiden Konflikten hat die elektronische Kriegführung, insbesondere die Ortung und Lähmung gegnerischer Abwehr- und Lenksysteme, eine wesentliche Rolle gespielt. Entsprechende Vorkehrungen unsererseits im Rahmen des Argen unterseits im Rahmen des meeileitbildes 80 sind grösstenteils gefallen. Liegt hier nicht eine Lücke unserer Landesverteidigung?»



Marcel Aeschbacher Autor dieses Beitrages, war während Jahren Protokollführer verschiedener Ausschüsse der FDP der Schweiz. Von 1948—1960 gehörte er als Mitglied der freisinnigen Fraktion dem Berner Stadtrat an. In seiner Eigenschaft als Gründer und Leiter der «Berliner Kinder-Aktion» wurde ihm im Jahre 1977 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Nach 36 Dienstjahren als Kreissekretär des LFSA trat er Ende Juni 1981 in den Ruhestand.

J.VONTOBEL & CO. Bankiers

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

Bahnhofstrasse 3 8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11

Panzerbeschaffung — ein dornenvoller Weg

«Besserwisser gibt es überall, Besserköner sind seltener»

Die Informationen über die Entwicklungen von Kampfpanzern und Panzerabwehrwaffen sind derart vielfältig, teilweise auch widersprüchlich, geprägt von mehr oder weniger Fachwissen und nicht zuletzt beeinflusst vom Konkurrenzkampf, dass es dem Laien ausserordentlich schwer fällt, sich ein gültiges Bild von den tatsächlichen Gegebenheiten zu machen. Zu dieser Verwirrung hat Panzer 68 wesentlich beigetragen, wie Brigadier Herbert Wanner feststellt:

Dabei müssen folgenden Tatsachen als gegeben vorausgesetzt werden:

● Ein modern ausgerüsteter Angreifer wird auch gegen unser Land die Mittel einsetzen, über die er verfügt. Moderne Armeen sind vollmechanisiert, ein Angriff von Fussinfanterie ist nur im Gebiet oder in anderem ausgesprochenem Infanteriegebiet denkbar. Hier treten zudem immer mehr luftmobile Verbände auf und vor allem kampfstärke und gepanzerte Helikopter.

● Neben der Bekämpfung eines zur Erde und aus der Luft angreifenden Gegners in sogenannten Schlüsselländern, um den Feind zu schwächen, seine Bewegung zu verlangsamen und seine Kräfte zu kanalisieren, gilt es aber auch, die Tiefe unseres Abwehrbereichs gegen den Gegner zu zerschlagen. Dazu eignen sich nur Kampfpanzer, die in der Lage sind, den Gegner rasch und wirkungsvoll im Gegenschlag zu stellen. Daraus ergibt sich die Forderung nach beweglichen und ge-

panzerten Panzerabwehrwaffen für die Infanterie einerseits, die vorzeitig ihre Stellungen beziehen können und das Begegnungsfeld vermeiden, und von Kampfpanzern andererseits, die den Kampf im Begegnungsgefecht führen können. Beide Mittel — Panzerjäger und Kampfpanzer — ergänzen sich gegenseitig.

Aufgaben der Panzerjäger und der Kampfpanzer

Panzerjäger können die Aufgaben des Kampfpanzers nicht übernehmen. Dagegen sind Kampfpanzer durchaus in der Lage, auch für Panzerabwehraufgaben eingesetzt zu werden. Die Frage stellt sich nur, ob sich ein derartiger Einsatz grundsätzlich verantworten lässt, selbst für Panzer der älteren Generation, stellen doch diese Waffensysteme in bezug auf Einsatz, Unterhalt und Ausbildung weit höhere Ansprüche als ein Panzerjäger, der zudem wesentlich leichter und billiger ist.

Zwei Dinge gilt es jedenfalls zu berücksichtigen. Panzerjäger oder als solche eingesetzte Panzer müssen auf möglichst tiefer Stufe der Abwehr eingegliedert werden, damit sie tatsächlich als Verstärkung der Stützpunkte und als Schwergewichtswaffe der Panzerabwehr verwendet werden können, und zweitens muss von teuren Investitionen in alle Kampfpanzer abgesehen werden, die sich nicht auf die Aufgaben als Panzerjäger beziehen. Die heutige inkonsequente Aufgabenzuweisung im Sinne einer beweglich geführten Panzerabwehr auf der Stufe des Regiments gilt es ebenso zu überdenken wie die Bestrebungen für ein aufwendiges Retrofit-Programm, es sei denn, man verwende die ältere Generation der Kampfpanzer nach wie vor als solche.

Versuche mit zwei neuen Kampfpanzermodellen

Bekanntlich stehen heute die beiden Typen Leopard 2 und M-1 als nächster Kampfpanzer im Vordergrund. Versuche mit beiden Modellen sind im Gange. Anlässlich der Panzerdebatten in den eidgenössischen Räten und den Verlautbarungen des EMD ist festgestellt worden, dass die Faktoren Zeitaufwand, Kosten und Risiko gegen eine Eigenentwicklung sprechen würden, dass aber bei einer Beschaffung aus dem Ausland nicht zuletzt auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen nur eine Lizenzfabrikation in Frage komme. Ein Entscheid über das Modell soll im Jahre 1984 fallen.

Bereits werden wieder Stimmen laut, die nicht nur den Kauf «ab Stange» verlangen, sondern sogenannte billige Lösungen anpreisen, die bis zur Nulllösung reichen. Es ist zu hoffen, dass im Sinne der getroffenen Entscheidungen die Erprobungen und die Abklärungen über den Lizenzbau sorgfältig und ohne den ständigen Druck der Unsicherheit vorangetrieben werden können. Vergessen wir nicht: Besserwisser gibt es immer und überall, Besserköner sind weit seltener.

Unerfreuliche Budgets für 1982

Sollten sich die Voranschläge bewährten, ginge das Jahr 1982 mit einem Rekorddefizit in die Geschichte der öffentlichen Finanzen ein. Bund, Kantone und Gemeinden rechnen nämlich zusammen mit einem Ausgabenüberschuss von rund 2,8 Mia. Fr. Damit würde sogar der bisher höchste Fehlbetrag von 2,6 Mia. Fr. aus dem Revisionsjahr 1976 übertroffen. Zu dieser vermuteten Entwicklung meint die Eidgenössische Finanzverwaltung, die erhöhten Defizite seien in erster Linie eine Folge des Teuerungsanstiegs, welcher sich in der Regel auf die Ausgaben (52,8 Mia. Fr.) rascher auswirke als auf die Einkünfte (50,1 Mia. Fr.).

Im einzelnen weist der Bund einen Ausgabenüberhang von 1,1 Mia. Fr. aus; die Einnahmen sollen mit 10,6% etwas stärker zunehmen als die Ausgaben mit 9,4%. Ein erstaunlich hohes Defizit von 1,35 Mia. Fr. erwarten die Kantone, nachdem ihre Rechnungen in den letzten drei Jahren nahezu ausgeglichen abschliessen konnten. Als Ursachen werden Teuerung, Steuerreduktionen und Auswir-kungen der Sanierungsmassnahmen des Bundes angegeben. So sollen denn auch die Ausgaben mit 7,7% um einiges mehr ansteigen als die Einnahmen mit 6,0%. Bleiben die Gemeinden positive Abschlüsse vorlegen. Für 1982 rechnen sie mit einem akzeptablen Budgetdefizit von 300 Mio. Fr. (Ausgaben +7,1%, Einnahmen +6,6%). In bezug auf die kantonalen und kommunalen Zahlen ist im übrigen einige Skepsis am Platz, wenn man z. B. berücksichtigt, dass beide Ebenen zusammen für das Jahr 1980 um 1,25 Mia. Fr. zu pessimistisch budgetiert hatten!

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



HOTEL METROPOL ST. GALLEN
Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilsson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaine des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool · Sauna · Fitness
Grosser Parkplatz

ASH
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
Herzogstrasse 10, Arbon, Tel. (071) 41 35 45, Telex 77137, Dir. Charles Delvaux

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



HOTEL RESTAURANTS CLUB BAD HORN
AM BODENSEE
TEL. 071/41 55 11



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 — restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen
Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Vert. Sie uns. ausf. Hausprospekt)



Spross

Ga-La-Bau
Garten- und Landschaftsbau
für Ihre sympathische Umwelt
Spross Zürich 01-35 45 55

PIZOL

Pizolhütte, 2227 m ü. M.
Im Sommer und Winter

Für Sommer- und Herbstferien, fürs Wochenende
Herrliche 5-Seen-Wanderung

Für den Winter — für Skiferien und Sporttage

Leichte Abfahrten für Anfänger und rassige für den Köhner.

Für gutes und reichliches Essen sorgen wir.
Touristenlager für 80 Personen.

Wir laden Sie herzlich ein
7323 Wanga-Pizol

Familie Peter Kirchoff,
Telefon (085) 2 14 58/2 33 58

Sommerzeit = Wanderzeit



CHÄSERRUGGBAHN
UNTERWASSER OBERTOEGGENBERG

ILTIOSBAHN und
LUFTSEILBAHN
Chäserrugg
UNTERWASSER

Gipfelrestaurant auf 2262 m ü. M.

Fahrplan täglich bis 24. Oktober
Prospekte und Auskünfte Telefon 074/5 22 28
Bergbahnen Unterwasser 9657 Unterwasser

Geschäfts- und Gewerbehäuser stellen besondere Anforderungen an die Verwaltung. Wir sind Ihr Partner.

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00



SCHULERWEINE

St. Jakobskellerei SCHULER & CIEAG SCHWYZ + LUZERN

Je länger, je mehr FDP!




KABA STAR
Das Schliesssystem mit Kopierschutz-Garantie.

- 6 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräsen in Hundertstele Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.

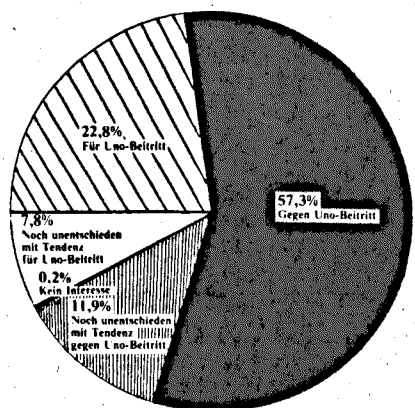
BAUER KABA AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11
Telex 875481

Die Zürcher Freisinnigen und ein schweizerischer Uno-Beitritt

Meinung (weitgehend) gemacht

In der Mai-Ausgabe brachte «Der Freisinn» eine vierseitige Beilage, in welcher Argumente für und gegen einen Beitritt der Schweiz zur Uno erläutert wurden. Anschliessend führte die FDP des Kantons Zürich bei ihren Mitgliedern eine Umfrage durch, die inzwischen ausgewertet wurde. Ergebnis: Von den 4189 Parteimitgliedern, die sich an der schriftlichen Umfrage beteiligten, sprachen sich 956 (22,8 Prozent) für und 2400 (57,3 Prozent) gegen einen solchen Schritt aus. Rund 20 Prozent haben sich noch keine abschliessende Meinung gebildet. Von den beinahe 19 000 um ihre Ansicht gebetenen Parteimitgliedern sandten 22,25 Prozent den Fragenkatalog wieder zurück.

Nur gerade zehn der antwortenden Zürcher Freisinnigen interessieren sich nicht für die Frage, ob die Schweiz der Uno beitreten soll oder nicht. Von jenen 20 Prozent, die sich noch nicht entschieden haben, neigen 325 eher zu einem Ja, während 498 zu einem Nein tendieren.



Die Argumente pro ...

Neben der Grundsatzfrage (Ja oder Nein beziehungsweise noch nicht entschieden) hatten die Zürcher Freisinnigen aus einem Katalog mit je acht befürwortenden und ablehnenden Argumenten die drei ihnen jeweils am wichtigsten erscheinenden zu bestimmen. Allerdings bekundeten sie beim Zählen Mühe, kreuzten doch die Befürworter im Durchschnitt 3,5 Stichworte und die Gegner 3,6 an ...

Bei den positiven Argumenten wurde am häufigsten jenes genannt, dass die Uno, obwohl ein unvollkommenes Instrument mit

vielen Mängeln, dennoch eine unerlässliche Funktion erfülle. Am wenigsten Stimmen entfielen auf die Bemerkung, dass ein schweizerischer Uno-Beitritt für die Erhaltung Genfs als europäischer Sitz der Uno langfristig unerlässlich sei.

... und contra

Die Tatsache, dass die Schweiz bereits in den meisten Spezialorganisationen der Uno aktiv mitwirkt, genügt für die Gegner eines Vollbeitrittes. Dies ist denn auch ihr Hauptargument dagegen, knapp vor jenem, dass die Uno ein grosser Leerlauf sei und vor allem dem politischen Machtkampf der Grossen sowie dem Prestigebedürfnis vieler Kleiner diene; zudem werde die positive Arbeit in den Spezialorganisationen geleistet. Die Befürchtung, die politischen Stellungnahmen der Schweiz in der Uno könnten zu innenpolitischen Schwierigkeiten und Unfrieden in unserem Land führen, wird von den Gegnern eines Beitritts nicht geteilt.

Die Resultate im Detail

Total ausgegebene Stimmzettel	18 829
Zurückgeschickte Stimmzettel	4 189
Stimmbeteiligung	22,25%
Für Uno-Beitritt	956 Stimmen (22,8%)
Gegen Uno-Beitritt	2400 Stimmen (57,3%)
Ich bin noch unentschieden, neige aber eher zu einem Ja	325 Stimmen (7,8%)
Ich bin noch unentschieden, neige aber eher zu einem Nein	498 Stimmen (11,9%)
Die Beitrittsfrage interessiert mich nicht	10 Stimmen (2%)

Das Unbehagen über die Flut der Vernehmlassungen

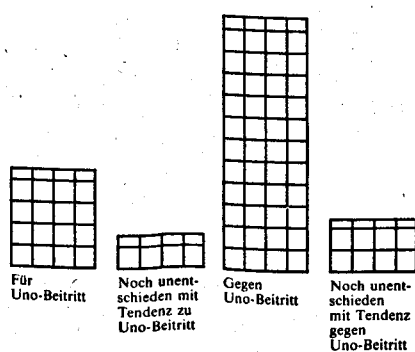
Breit ist das Unbehagen über die Zahl der Vernehmlassungen sowie insbesondere auch über die oft knapp bemessenen Fristen, innert deren die Antworten eingereicht werden müssen.

Dieses Unbehagen artikuliert auch die sankt-gallische Kantonsregierung in ihrem Amtsbericht für 1981 an den Grossen Rat, wenn sie feststellt, dass «Regierung und Staatsverwaltung immer stärker mit eidgenössischen Vernehmlassungsverfahren zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen belastet werden. So sehr wir es an sich begrüssen, dass die Kantone in einem frühen Stadium in den Willensbildungsprozess beim Bund eingeschaltet werden, so wenig kann es Aufgabe der Kantonsregierungen sein, den eidgenössischen Behörden als politische Testpersonen für Vorschläge von Experten zu dienen. In diesem Sinne mussten wir im vergangenen Jahr bei mehreren eidgenössischen Departementen vorstellig werden, die über Entwürfe von Expertenkommissionen Vernehmlassungsverfahren eröffnet hatten, bevor die politisch verantwortliche Instanz — Departement oder Bundesrat — dazu in irgendeiner Weise Stellung genommen hatte. Wir meinen, dass die um Stellungnahme an-



gegangenen Behörden und Organisationen einen Anspruch darauf haben, die grundsätzliche Haltung der zuständigen Instanz zu kennen. Dieser Grundsatz bestimmt jedenfalls auch von uns veranlasste Vernehmlassungsverfahren.»

Diese kritische Anmerkung der kantonalen Exekutive hat Nationalrat Burkhard Vetsch (fdp., SG) zum Anlass genommen, den Bundesrat in einer einfachen Anfrage um seine Stellungnahme dazu zu bitten.



Fragen an die Befürworter eines Uno-Beitrittes

Die Schweiz sollte eine aktivere Aussenpolitik führen und zu ihrer internationalen Verantwortung stehen; dazu gehört auch der Beitritt zur Uno. 618 Stimmen (48,2%)

Die weltverbundene Schweiz kann der Uno, der heute praktisch alle Staaten angehören, ohne Schaden für ihre eigenen Interessen, namentlich ihre wirtschaftliche Position, nicht mehr fernbleiben. 656 Stimmen (51,2%)

Die heutige Aussenseiterrolle der Schweiz schadet international ihrem Ansehen und führt allmählich in die Isolierung. 639 Stimmen (49,9%)

Innerhalb der Uno können wir gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten für den Frieden und für humanitäre Ziele mehr tun als allein in isolierter Position. 627 Stimmen (48,9%)

Nur ein Beitritt gibt der Schweiz die Möglichkeit, in allen Gremien und Organisationen mitzuarbeiten; Abseitsstehen schränkt unsere Handlungsfreiheit ein. 479 Stimmen (37,4%)

Unsere Neutralität wird durch den Beitritt nicht beeinträchtigt, insbesondere weil kein Mitglied zu militärischen Sanktionen gezwungen werden kann. 554 Stimmen (43,2%)

Die Uno ist zwar ein unvollkommenes Instrument mit vielen Mängeln; aber sie erfüllt dennoch eine unerlässliche Funktion. 731 Stimmen (57,1%)

Der Beitritt zur Uno ist für die Erhaltung Genfs als europäischer Sitz der Uno langfristig unerlässlich. 219 Stimmen (17,1%)

Das Beispiel der USA

Mehr Privatinitiative – weniger Staat

Frau Faith Ryan Whittlesey, seit neun Monaten Botschafterin der USA in der Schweiz, sprach kürzlich in Zürich zu den Schweizer Mitgliedern der International Advertising Association. In der schweizerischen Gruppe dieser weltweiten Organisation sind Werbeauftraggeber, Agenturen und Medien vertreten. Rudolf Bolleter, Zollikon, fasst für den «Freisinn» das engagierte Plädoyer für Präsident Reagans Wirtschaftspolitik zusammen.

Als ehemalige Rechtsanwältin aus Philadelphia hat sich Frau Whittlesey früh politisch engagiert. Sie bekleidete eine Reihe wichtiger republikanischer Ämter und legte als Delegierte der republikanischen Nationalversammlung erfolgreich die Politik der Republikaner in Fragen der Aussenpolitik und Verteidigung dar. Sie gilt als überzeugte Befürworterin liberalen Wirtschaftsdenkens, das einen festen Bestandteil der gegenwärtigen US-Regierung bildet.

Carters Hinterlassenschaft

Als Ronald Reagan 1980 die amerikanische Wirtschaftslage analysierte, zeigte sich ein düsteres Bild: eine hohe Inflationsrate von jährlich 13%, Zinssätze, die sich 22% näherten, eine Arbeitslosenrate von 7%, ein Wirtschaftswachstum von nur 0,3%. Die Regierung selbst und die von ihr verordneten Bundesvorschriften stellten das Haupthindernis für eine wirtschaftliche Gesundung dar. Die Finanzierung derselben verschlang Unsummen: 1980 floss rund ein Drittel des amerikanischen Bruttosozialprodukts in Regierungsprogramme.

Zwischen 1970 und 1979 vervierfachten sich die Ausgaben für Gesetzgebung und Kontrollstellen. Die entsprechende Zahl von Gesetzesseiten hatte sich um zwei Drittel vermehrt. Der Mehrheit der Amerikaner war die Regierung zu gross und zu mächtig geworden. Zudem verunmöglichte sie es den lokalen Behörden, eigene Prioritäten zu setzen und

Fragen an die Gegner eines Uno-Beitrittes

Unsere Neutralität würde eindeutig beeinträchtigt, da wir bei wirtschaftlichen und diplomatischen Sanktionen gemäss Uno-Charta mitmachen müssten. 1555 Stimmen (53,7%)

Die Uno ist ein grosser Leerlauf. Sie dient vor allem dem politischen Machtkampf der Grossen sowie Prestigebedürfnissen vieler Kleiner. Die positive Arbeit wird in den Spezialorganisationen geleistet. 1745 Stimmen (60,2%)

Die Schweiz ist in den meisten dieser Spezialorganisationen der Uno, in denen seriös gearbeitet wird (zum Beispiel Internationales Arbeitsamt, FAO, Unesco, Unicef, Weltgesundheitsorganisation, Unctad, Unido usw.), bereits dabei; das genügt. 1777 Stimmen (61,3%)

Die Mitgliedschaft kostet viel und erfordert mehr Diplomaten und Bundespersonal (somit mehr Staat, statt umgekehrt). 1134 Stimmen (39,1%)

Die Schweiz braucht die Uno für die Wahrung ihrer Interessen nicht. Neben der Mitarbeit in den Spezialorganisationen der Uno unterhält sie schon diplomatische und konsularische Vertretungen in 156 Staaten. 813 Stimmen (28,1%)

Die politischen Stellungnahmen unserer Diplomaten in der Uno könnten zu neuen innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten und Unzufriedenheiten in unserem Land führen. 510 Stimmen (17,6%)

Der wirtschaftliche Erfolg und das Ansehen der Schweiz und der Schweizer wurde und wird durch ihre seriösen Leistungen und vernünftiges Verhalten im Welthandel entschieden und nicht durch politische Stellungnahmen in der Uno. 1260 Stimmen (43,5%)

Die Schweiz kann ihre internationale Solidarität besser durch humanitäre Verpflichtungen als durch den Uno-Beitritt unter Beweis stellen. Diese humanitären Aufgaben (Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Uebnahme von diplomatischen Interessenvertretungen verfeindeter Regierungen usw.) könnten durch den Beitritt sogar beeinträchtigt werden. 1686 Stimmen (58,2%)

● direkte und indirekte Steuern senken in der Annahme, dass dadurch mehr gespart und mehr privat investiert wird
● auf markante Weise die Produktion von Vorschriften aus Washington reduzieren und überflüssige Vorschriften aufheben (Deregulation).

Erste Erfolge

Obwohl in den vergangenen Monaten viel über Budgetkämpfe im Kongress vernommen wurde, zeigen sich — nicht zuletzt dank der eindrücklichen Unterstützung dieser Politik durch den amerikanischen Stimmbürger — erste Erfolge dieser grundsätzlich neuen Wirtschaftspolitik. So hat die jährliche Wachstumsrate der Regierungsausgaben von 17,5% (Carter) erheblich nachgelassen und wird 1983 auf 4,5% reduziert sein. Die Inflationsrate sank von 13% auf gegenwärtig 1% — eine Errungenschaft, deren Bedeutung für Europa noch viel zu wenig zur Kenntnis genommen wird.

Deregulation

Einige Zahlen mögen die damalige Situation veranschaulichen: 1970 kosteten die Regierungsvorschriften rund 900 Millionen Dollar. Zehn Jahre später waren daraus bereits fünf Milliarden geworden.

Sicherlich brachten eine ganze Reihe von Vorschriften positive Resultate, wie zum Beispiel im Umweltschutz oder am Arbeitsplatz. Aber der Drang zu immer neuen Vorschriften war auch zum Sport von selbsternannten Interessengruppen geworden, die keinesfalls die öffentliche Meinung vertraten. Es gelang ihnen durch spektakuläre und «mediengerechte» Auftritte immer wieder, die Massenmedien für ihre Anliegen zu gewinnen und so Druck auf die Gesetzgebung auszuüben. Dabei versäumte es die damalige Regierung, im voraus Wünschbarkeit und Kosten von neuen Vorschriften mit dem tatsächlichen Nutzen derselben in Einklang zu bringen.

Private Initiative hat Zukunft

Die amerikanische Wirtschaft beginnt nach Ansicht der US-Botschafterin in zunehmendem Mass Vertrauen in die Wirtschaftspolitik von Präsident Reagan zu fassen. Diese Wirtschaftspolitik wird Produktivität, Investitionen und wirtschaftliches Wachstum anregen. Die amerikanische Repräsentantin ist deshalb überzeugt davon, dass die jetzt gemachten Erfahrungen auch auf die künftige Wirtschaftspolitik anderer Länder erfolgreich übertragen werden können:

«Wir in Amerika werden noch schwierige Zeiten zu meistern haben. Aber davor werden wir nicht zurückschrecken, sondern auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen. Unsere zukünftigen Erfolge werden in einem nicht kleinen Mass auch davon abhängen, wie wir fähig sind, in der westlichen Welt den öffentlichen Konsens in diesem Anliegen zu inspirieren und zu formieren.»

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

&

LONDON

Bank Julius Baer & Co. Ltd., London
3 Lombard Street, London EC3V 9ER